

Zeitgeschehen

Auch ein Lebenslauf
Tierpsychologen vor der Sinnfrage
Das Idol
Dag Hammarskjöld-Preis für Berlitz

Im Blickpunkt

„Kirche im Sozialismus“

**Das Gespräch vom 6. März 1978
zwischen Staat und Kirche in der
DDR und seine Folgen**

Die evangelischen Kirchen in der DDR be-
greifen sich als „Kirche im Sozialismus“

„Kirche im Sozialismus“ als Positions- und
Aufgabenbeschreibung

Das März-Gespräch ist Schlußpunkt und
Neueinsatz zugleich

Ohne Basis-Rezeption wird sich nichts ver-
ändern

Überwiegend positive Würdigung und Aus-
legung des März-Gesprächs

auch im Politbüro der SED und bei der
CDU der DDR

Zwei Proben auf den 6. März:
die Kirchentage

und die Wehrkunde

Dokumentation

„Kirche im Sozialismus“

Texte aus der DDR

Informationen

ISLAM

Muslime beantragen Anerkennung ihrer
Feiertage

Ahmadiyya-Kongreß über die Errettung Jesu
vom Kreuz

PSYCHOTRAINING

Mehr über «SLs»

ALTERNATIVE LEBENS- UND BEWUSSTSEINS- MODELLE

«das alternative adreßbuch»

E 20 362 D

Material dienst

Aus der
Evangelischen Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen
der EKD



10

**41. Jahrgang
1. Oktober 1978**

Zeitgeschehen

○ **Auch ein Lebenslauf.** Ein „Tag des ausländischen Mitbürgers“ wurde in der Bundesrepublik am 24. September begangen, der auf die mannigfaltigen Schwierigkeiten dieser unter uns lebenden, aber zwischen den Kulturen und oft auch zwischen den Religionen existierenden Menschen aufmerksam machen sollte. Wie man weiß, sind Kinder besonders schwer von dem Schicksal betroffen, daß sie, oft schon von der gebotenen Mehrsprachigkeit überfordert, der Heimat und den Lebensgewohnheiten ihrer Eltern entfremdet werden, ohne rechte Gelegenheit zu finden, sich bei uns wirklich einzugewöhnen. Eindrücklicher als statistische Zahlen und Fragebogen mag uns der folgende Fall berühren, den wir einer Schweizer Untersuchung entnahmen:

„Fiorello lebte bis zu seinem sechsten Altersjahr bei Verwandten in Italien, während seine jüngere Schwester bei den Eltern in der Schweiz wohnte. Er hatte die Übersiedlung in unser Land, die Angewöhnung an die eigenen Angehörigen und die Einschulung fast gleichzeitig zu bewältigen und hat die große Belastung offensichtlich noch nicht verarbeitet. Im Grunde lebt er noch immer in seiner süditalienischen, frühen Kindheit, die sich ihm nun verklärt zu einem imaginären

Reich freier Kraftentfaltung, wo er seinen festen Platz und persönliche Geltung unter seinesgleichen hat und sich selber als Jäger und Held sieht. Die Realität kommt seiner Eigenwelt am nächsten, wenn er in einer Bauernfamilie mithelfen darf. ‚Das ist das Schönste in der Schweiz, darum will ich Bauer werden‘, meint er.“

Und dann in dem Bericht der grausame Absturz aus der Idylle: „Er und seine Schwester zeigen äußere Verwahrlosungserscheinungen.“ qu

○ **Tierpsychologen vor der Sinnfrage.** Was sind Neurosen eigentlich? An welchen Symptomen erkennt der Psychiater, wer als neurotisch bezeichnet werden muß? Zu diesen Fragen äußerten sich unlängst vor der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien drei prominente Fachleute, unter anderen der Psychiater Viktor E. Frankl, der bekannt ist für seine These, daß sinnentleertes Leben einer der Gründe für seelische Erkrankungen sein kann. Als Frankl in der Diskussion anmerkte, daß der Mensch – im Unterschied zu Graugänsen oder Bienen – sich die Frage nach dem Sinn des Lebens stelle, löste das, nach einem Bericht von «bild der wissenschaft» im Publikum milde Heiterkeit aus. Aber, so fragt «bild der wissenschaft», wer kann eigentlich so völlig sicher sein, daß sich weder Lemminge noch Elefanten, weder Delphine noch Schimpansen jemals nach dem Sinn ihrer Existenz gefragt haben?

In der Tat, wer kann? Interessant wäre es, diese Frage an die Tierpsychologie weiterzugeben, die in die-

ser Hinsicht im allgemeinen, aus Furcht vor einer naiven Vermenschlichung des Tieres, eher zu überkritischer Vorsicht neigt. (Beobachten läßt sich bei Tieren nur das äußere Verhalten, „wie's drinnen aussieht, geht niemand was an!“) Sicher aber dürfte sein: was immer Graugänse und Bienen, Lemminge, Elefanten, Delphine oder Schimpansen sich fragen mögen, es enthebt uns nicht der Sorge, wie es um die Antworten steht, die wir als Menschen herauszubekommen in der Lage sind. qu

○ **Das Idol.** Hansi Müller vom VfB Stuttgart ist ein guter Fußballspieler. Möglicherweise wird es dem Jungstar sogar gelingen, in den kommenden Jahren vollends zur internationalen Spitze vorzustoßen. Aber Hansi Müller hat noch keine Starallüren entwickelt. Auf solidem schwäbischen Boden stehend, wird er als Anfang einer zweiten Karriere in diesem Herbst mit einer Ausbildung in der Werbezentrale von Daimler-Benz beginnen. Daß er neben seinen fußballerischen Fähigkeiten und neben seiner persönlichen Bescheidenheit auch hübsch aussieht und jene Ausstrahlung entwickelt, die vor allem Mädchenherzen höher schlagen läßt, bringt ihn nun mehr und mehr in jenes Scheinwerferlicht, in dem Idole gedeihen. 200 Briefe, so berichtet die «Stuttgarter Zeitung» vom 2. September, erreichen Hansi Müller im Tagesdurchschnitt. Seit Monaten. Variationen also zu einem alten Thema: der Fußballstar als das Götterbild der Jugend?

Nun, zumindest *eine* neue Variante ist in diesen Variationen zu einem in der Tat alten Thema doch zu entdek-

ken. Da beginnt ein Brief: „Hallo! Also ich sag mal ‚du‘ zu dir, weil du ja nicht viel älter bist als ich. Der Grund, weshalb ich schreibe, kommt dir vielleicht ganz schön unverschämt vor, aber ich find', das muß echt mal gesagt (gemacht) werden. Jemand hat mir erzählt, daß ihr für ein Spiel rund 15 000 DM kriegt. Das ist meiner Meinung nach zu viel, wenn man bedenkt, daß ein indischer Bauer dafür mindestens 10 Jahre schuftet...“

Freilich, die ungebrochene Anbetung hat nach wie vor die Oberhand: „Hi, Hansi-Boy! Well, hier ist wieder Marja aus Finnland... Seit ich Dich von weitem kenne, bin ich im Deutsch-Unterricht viel besser geworden. Ich muß ja mit Dir reden können, wenn ich Dich besuche!... Tausend Küsse, Deine Marja. Erstes PS.: Ich meine richtige Küsse. Zweites PS.: Was lese ich da in der Zeitung! Ihr habt 1:5 in Kaiserslautern verloren? Bist Du vielleicht krank gewesen?“ ai

○ **Dag Hammarskjöld-Preis für Berlitz.** Für sein Buch „Das Bermuda-Dreieck“ hat Charles Berlitz den „Dag Hammarskjöld-Preis“ erhalten. Die «Kontakt-Berichte von anderen Welten», eine Privatzeitschrift „für UFO's, außersinnliche Wahrnehmung, Raumfahrt, Wiederentdeckung alter Wahrheiten, Lehren für das Wassermann-Zeitalter“ merken dazu an, Dag Hammarskjöld, der von 1953 bis 1961, bis zu seinem Flugzeugabsturz über Sambia der zweite Generalsekretär der UNO war, sei mit UFO's in Verbindung gewesen und habe vermutlich aus diesem Grund sein Leben lassen müssen. qu

„Kirche im Sozialismus“ Das Gespräch vom 6. März 1978 zwischen Staat und Kirche in der DDR und seine Folgen

Am 6. März 1978 kam es zu einer Spitzenbegegnung zwischen dem SED-Chef und Staatsratsvorsitzenden der DDR Erich Honecker und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR unter Leitung von Bischof Albrecht Schönherr. Die Auswirkungen dieses Gesprächs sind für das Selbstverständnis der Kirchen in einer soziali-

stischen Gesellschaft wie für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der DDR gleichermaßen bedeutsam. Der folgende Beitrag – wegen der Wichtigkeit der Thematik umfangreicher als im «Materialdienst» sonst üblich – geht den historischen Hintergründen sowie den bis heute erkennbaren Konsequenzen dieser Ereignisse nach.

Die evangelischen Kirchen in der DDR begreifen sich als „Kirche im Sozialismus“

Am 6. März dieses Jahres empfing „der Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik... den Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung seines Vorsitzenden, Bischof D. Dr. Albrecht Schönherr, zu einem Antrittsbesuch“. So heißt es in der von der «ADN» verbreiteten Mitteilung über diese Begegnung. So gewiß das Wort „Antrittsbesuch“ fehl am Platz ist, wenn der führende Mann in Staat und Partei Vertreter des kirchlichen Organs empfängt, das seit 1969 arbeitet – es sei denn, die sprachliche Ungenauigkeit drückt politische Wertung aus –, so erinnert es doch zugleich an ein für Staat und evangelische Kirchen in der DDR gleichermaßen bedeutsames Datum.

Am 10. Juni 1969 trat die Ordnung des «Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR» in Kraft. Damit war die organisatorisch-rechtliche Trennung von der EKD vollzogen, während in Art. 4, 4 an einem Bekenntnis „zu der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“ festgehalten wird. Nähere inhaltliche Erläuterungen – mit starkem Bezug auf Gemeinsamkeiten in der Vergangenheit – zu dieser Formel hatte der damalige Bischofsamtsverwalter Albrecht Schönherr in einem Interview im Januar 1969 gegeben: „Es kann nicht um die Aufkündigung kirchlicher Gemeinschaft gehen. Mit den Kirchen in der Bundesrepublik verbindet uns nicht nur die gemeinsame Sprache wie mit den Kirchen in Österreich und in der Schweiz, uns verbindet auch eine gemeinsame Geschichte, die gezeichnet ist von dem mühevollen Weg bis hin zu jenem seinerzeit im Jahre 1948 in Eisenach vollzogenen Zusammenschluß der Evangelischen Kirche in Deutschland. Auf diesem Weg gab es die Theologische Erklärung von Barmen,

aber auch das Schuldbekenntnis von Stuttgart, das Darmstädter Wort des Bruderrates und das Friedenswort der Synode von Weißensee 1950 . . Ein anderes ist es, ob solche spezifische Gemeinschaft sich in gemeinsamen Organen der Leitung und Verwaltung ausdrücken muß. Unter den gegebenen Bedingungen, daß nämlich zwischen der DDR und der BRD nicht eine beliebige Staatsgrenze, sondern die Grenze zweier antagonistischer Gesellschaftsordnungen verläuft, wird der Feststellung von Landesbischof D. Mitzenheim zuzustimmen sein: ‚Die Staatsgrenzen der Deutschen Demokratischen Republik bilden auch die Grenze für die kirchlichen Organisationsmöglichkeiten‘ (‘epd’ Landesdienst Berlin Nr. 8 vom 21 Januar 1969).

Ein Jahr zuvor, am 15. 2. 1968, hatten die evangelischen Bischöfe in der DDR anlässlich des Entwurfs für die neue Verfassung, die – zumindest formal – den Grund für die Trennung von der EKD hergab, in einem Brief ‚an den Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik‘ geschrieben: ‚Als Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik und als Christen gehen wir davon aus, daß nach dem durch deutsche Schuld begonnenen Krieg nun auf dem Boden der deutschen Nation zwei deutsche Staaten bestehen. Wir erstreben die geordnete Zusammenarbeit und die Annäherung der beiden deutschen Staaten, damit wir Deutsche den Frieden fördern und die menschlichen Beziehungen, insbesondere zwischen Familienangehörigen, wieder voll zu ihrem Recht kommen. Als Staatsbürger eines sozialistischen Staates sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen. Als Christen lassen wir uns daran erinnern, daß wir es weithin unterlassen haben, ‚die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen‘ .‘ (Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Dokumente zu seiner Entstehung, ausgewählt und kommentiert von Reinhard Henkys; epd-Dokumentation Bd. 1, 1970, S. 113).

Am 8. 2. 1971 hielt das Mitglied des Politbüros Paul Verner im Gedenken an den 10. Jahrestag des Gespräches zwischen Walter Ulbricht und Professor Emil Fuchs ein Referat, dessen Sachaussagen bis heute gültig sind: ‚Mit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik haben die acht evangelischen Landeskirchen dem Zustand einer angemäßen Vormundschaft der westdeutschen EKD über die evangelischen Kirchen in der DDR ein Ende gesetzt. . . Der Bund . . . hat sein gesellschaftliches Selbstverständnis so formuliert, ‚daß er sich als eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR wird bewähren müssen‘ Wir verstehen das so, daß kirchliche Amtsträger und Laien aufgerufen sind, in Dienst und Zeugnis die Deutsche Demokratische Republik allseitig weiter zu stärken, den Frieden zu erhalten und zum Nutzen aller und jedes einzelnen Menschen zu wirken. Wir wissen sehr wohl, daß die Herausbildung eines eigenen Profils der evangelischen Kirchen in der DDR ein komplizierter Prozeß ist. . . Die Kirchenvertreter, die sich ernsthaft um ein gutes und dauerhaftes Verhältnis zum sozialistischen Staat der DDR bemühen, sollten Klarheit unter den Amtsträgern und in kirchlichen Organen schaffen, daß die Kirche weder zwischen den Fronten des Kapitalismus und des Sozialismus noch in ‚kritischer Distanz‘ zu unserem Staatswesen stehen kann. . . Das Ja der Kirche zum sozialistischen Staat ist die Option für ein Gesellschaftssystem, dessen politische, soziale, geistige und moralische Prinzipien zutiefst humanistisch sind. . . Eine Kirche, die die humanistischen Ziele und die Friedenspolitik des sozialistischen Staates bewußt unterstützt, zu seiner Stärkung und der Mehrung seines Ansehens beiträgt, wird den sozialistischen Staat

ermuntern, ihr größeres Vertrauen entgegenzubringen. Dies wiederum kann sich noch fruchtbarer auf die Beziehungen zwischen Staat und Kirche, auf die Regelung von Sachfragen auswirken und würde sicherlich den ökumenischen Interessen der Kirchen in der DDR dienlich sein“ (epd-Dokumentation vom 24. 2. 1971, S. 9, 10, 12f). Damit waren seitens Staat und Partei die Erwartungen und Wünsche klar ausgedrückt und zu erwartende Erleichterungen oder gar Vergünstigungen für die Kirchen bei Erfüllung bzw. Einhaltung angedeutet.

Die im Juli gleichen Jahres in Eisenach tagende Bundessynode faßte den Beschluß, „in Zeugnis- und Dienstgemeinschaft lernen, was es heißt: Nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus zu sein“ Und im damaligen Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen heißt es konkretisierend: „Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik wird ihren Ort genau zu bedenken haben: in dieser so geprägten Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht gegen sie.“

„Kirche im Sozialismus“ als Positions- und Aufgabenbeschreibung

Dieses „im Sozialismus“ ist an die Stelle einer anderen Formulierung getreten. Dabei ist an eine Aussage von Bischof Schönherr zu erinnern: „In einem Lande wie bei uns spielen Formulierungen eine ziemlich große Rolle“ (M. Benckert, Brüderlich verbunden. Bischöfe in Berlin; Frankfurt/M. 1977, S. 100f). In der Verlautbarung über Beratungen zwischen Vertretern von Staat und Kirche vom 23. Juli 1958 hatte es noch geheißen: „Die Vertreter der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik erklärten, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmt. Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei“ (Henkys a.a.O., S. 50). Die Formel „Kirche im Sozialismus“ nun geht darüber hinaus. Sie macht dabei nicht nur eine geographische und die politischen Gegebenheiten ernstnehmende Aussage und zieht damit bestimmte Konsequenzen aus dem Verlauf der jüngsten Geschichte. Zugleich „drückt (sie) natürlich sehr viel mehr Bereitschaft aus zu einer gewissen Identifizierung mit unserem Staat“ (Benckert a.a.O., S. 100).

Dabei gilt es, sich nach zwei Seiten abzugrenzen, die neue Formel zwei Zugriffen zu entziehen. So hat Bischof Hans-Joachim Fränkel in seinem Bericht auf der 3. ordentlichen Tagung der 7. Provinzialsynode der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, März 1977, angeregt zu sagen: „Kirche nicht gegen den Sozialismus, sondern im Sozialismus, aber nicht unter ihm und nicht in seinem Geiste.“ Bischof Werner Krusche hat auf seinem Vortrag vor Beauftragten fast aller Kirchen Europas in Chantilly, im April 1978, am Beispiel der kirchlichen Friedenspolitik diese Position verdeutlicht: „Die Kirchen sind nur solange friedensfördernde Größen, als sie trotz aller Einbindung in ihre jeweilige Gesellschaft sich ein solches Maß an Freiheit bewahren, daß sie sich nicht vor den Wagen eigener nationaler Interessen spannen lassen (oder ihn wenigstens schieben helfen), daß sie also nicht einfach zu Verstärkern der Außenpolitik des eigenen Staates werden. Wenn Kirchen nur noch diese Verstärkerrolle spielen, fallen sie als Potential zur Konfliktregelung und also als ‚Friedensmacher‘ aus. Kirchen, die die Politik des eigenen Staates

nicht mehr prüfen, ob sie in der von dem kommenden Friedensreich Christi gewiesenen Richtung liegt, sondern sie unbesehen pauschal und exklusiv als Friedenspolitik deklarierten und nicht mehr willens wären, die Argumente der anderen zu hören und zu bedenken, wären nicht mehr das ‚Salz der Erde‘, sondern die Marmelade ihres Landes“ (epd-Dokumentation 21/78 vom 2. Mai 1978, S. 15 f.). Dabei bejaht W. Krusche das, wofür die Kurzformel „Kirche im Sozialismus“ steht: „Wir nehmen die vom Sozialismus geprägte gesellschaftliche Situation an als den uns von Gott zubestimmten Bewährungsraum unserer Christus-Nachfolge, als Auftragsfeld und Dienstchance. Wir sehen uns nicht nur als Kirche, sondern wir sehen auch die Gesellschaft, in der wir leben, unter der gnädigen Herrschaft Jesu Christ. Das hebt Ängstigungen auf und gibt eine große Freiheit: Wir sind dazu befreit, in unserer Gesellschaft den schmalen Weg zwischen Opposition und Opportunismus, zwischen Auflehnung und Anpassung, zwischen pauschalem Nein und pauschalem Ja zu gehen, den Weg zwischen falschen Hörigkeiten, und also den Weg der kritischen Solidarität und der mündigen Mitverantwortung. Wir wollen Kirche im Sozialismus sein, aber wir bleiben dabei Kirche im Sozialismus“ (W. K., Christliche Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft; Kirche im Sozialismus 2/78, S. 24).

Solch einem Weg ist nichts gelegen an einem notorisch schlechten Verhältnis zum eigenen Staat – „wir haben keine Theologie des Debakels entwickelt“ (a.a.O., S. 23) – und er meidet gleichermaßen die Gefahren von Subversion – „wir sind weder die 5. Kolonne des Westens, noch haben wir die Absicht, die Rolle der fehlenden politischen Oppositionspartei zu spielen“ (a.a.O.) – wie Akklamation – „Sind wir also Kirche für den Sozialismus? Wenn (das) heißen würde: sozialistische Kirche zu sein, so könnte dazu nur Nein gesagt werden“ (a.a.O., S. 24). Statt dessen wird „der kritische Umgang mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus“ (a.a.O., S. 26) gewählt, „nicht um der Abgrenzung, sondern um der möglichen Zusammenarbeit von Christen und Marxisten willen“ (a.a.O.): „Unsere Kirchen haben erklärt, daß sie in der Tat im Sozialismus die Möglichkeit sehen, zu einer gerechteren Ordnung des menschlichen Zusammenlebens zu kommen“ (a.a.O., S. 24). Und hier tut sich dann „ein breites Feld der Möglichkeiten“ (a.a.O., S. 26) auf, auf dem man nicht ängstlich auf die Wahrung der eigenen Identität bedacht ist: „Unser Dienst in der Mitarbeit an den Sachaufgaben unserer Gesellschaft wird verwechselbar und seine Intentionen kommen oft nur gebrochen zum Zuge. Die Sorge um die eigene Identität ist aber nichts anderes als eine ‚neue Spielart der Selbstrechtfertigung aus den Werken‘“ (a.a.O., S. 26 f.). Freilich, „wieweit die Partizipation an der ideologisch geführten Gesellschaft geht und an welchen Punkten die Differenz von Christen und Kirche geltend zu machen ist, wird in einer gewissen Bandbreite in unseren Kirchen unterschiedlich verstanden“ (Chr. Hinz, Wiederentdeckung der Gemeinschaft der Kirchen – Konziliarität, der Weg nach vorn?; Manuskript, S. 35).

Daneben gilt es dem Eindruck in den eigenen Reihen – und dort teils als wünschbare und erstrebenswerte, weil die vom Evangelium her geforderte Parteinahme ernst nehmende, teils als gefährliche, weil den an alle gehenden Auftrag der Kirche gefährdende Position empfunden – zu wehren, „Kirche im Sozialismus“, das ist „Kirche für den Sozialismus“: Das „wäre eine Forderung, die ich so nicht für möglich halte. (Sie) könnte den Eindruck erwecken, der Sozialismus sei Gegenstand der Botschaft der Kirche. ‚Christen für den Sozialismus‘: Ja; das ist möglich“ (Christsein in der DDR. Gespräch mit dem Ostberliner Bischof D. Albrecht Schönherr; «Evangelische Kommentare» 3/1977, S. 159). „Kirche im Sozialismus“, das ist eine räumliche Aussage, aber ebenso auch eine Aufga-

ben- und Positionsbeschreibung, und für manchen drückt sich darin auch eine Option aus für eine bzw. die bessere Art, menschliche Gesellschaft und menschliches Zusammenleben zu gestalten.

Staat und Kirche haben die Formel in der Vergangenheit unterschiedlich interpretiert und werden das auch weiterhin tun. Dennoch, und dafür ist das Gespräch am 6. März dieses Jahres Beweis, waren Staat und Partei über die bisherige Anwendung und Ausfüllung des Ausdrucks durch die Kirchen und Christen in der DDR insgesamt wohl durchaus zufrieden.

Das März-Gespräch ist Schlußpunkt und Neueinsatz zugleich

So konnte es bei dieser Begegnung zur Regelung einer Reihe von Sachfragen kommen, die von Paul Verner 1971 bei positivem Verlauf des Verhältnisses von Staat und Kirche in der DDR ja programmatisch angekündigt worden war. Allerdings wird man darin keine Konkretion oder Anwendung dessen erblicken können, was in Art. 39 (2) der DDR-Verfassung steht: „Die Kirchen und andere Religionsgemeinschaften ordnen ihre Angelegenheiten und üben ihre Tätigkeit aus in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden.“ Die von «ADN» in Umlauf gebrachte und von den überregionalen Zeitungen in der DDR im Wortlaut und auf der Titelseite – samt Bild – verbreitete Mitteilung zu dem „konstruktiven und freimütigen Gespräch“ über „gemeinsam interessierende Fragen“ läßt sich deutlich erkennen, daß und in welchem Maße die staatliche Seite den kirchlichen Weg in der Vergangenheit positiv zur Kenntnis genommen hat: Das kirchliche „Eintreten für die Erhaltung des Friedens, für Entspannung und Völkerverständigung könne man nur mit Befriedigung aufnehmen. . Der Vorsitzende des Staatsrates brachte seine Wertschätzung für die humanitäre Hilfe der Kirchen in der DDR an notleidende und um ihre Befreiung kämpfende Völker zum Ausdruck.“ Es wurde „die Wertschätzung und großzügige Unterstützung der diakonischen Arbeit der Kirchen durch unsere staatlichen Organe“ betont und unterstrichen: „Wohl zu schätzen wisse unser Staat die ökumenische Tätigkeit der Kirchen der DDR für Frieden, Entspannung und Völkerverständigung.“

Vor diesem Hintergrund muß die Erörterung bzw. Lösung verschiedener Sachfragen während der Zusammenkunft gesehen werden:

a) In der DDR steht „jedem Bürger, gerade auch jedem Jugendlichen, der Weg zu hoher Bildung, beruflicher Ausbildung und Entwicklung offen“ Die Aussage knüpft an die Erklärung an, die Erich Honecker am 29. 10. 1976 vor der Volkskammer abgegeben hat: „Unsere sozialistische Gesellschaft bietet jedem Bürger, unabhängig von Alter und Geschlecht, Weltanschauung und religiösem Bekenntnis, Sicherheit und Geborgenheit, eine klare Perspektive und die Möglichkeit, seine Fähigkeiten und Talente, seine Persönlichkeit voll zu entfalten. Daran halten wir fest“ («Neues Deutschland» vom 30./31. 10. 1976). Solche Sätze paraphrasieren freilich nur, was die Verfassung i. d. F. vom 7. 10. 1974 enthält: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat unabhängig von seiner Nationalität, seiner Rasse, seinem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis, seiner sozialen Herkunft und Stellung die gleichen Rechte und Pflichten“ (Art. 20(1)). Und: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das gleiche Recht auf Bildung. Die Bildungsstätten stehen jedermann offen. Das einheitliche soziali-

stische Bildungssystem gewährleistet jedem Bürger eine kontinuierliche sozialistische Erziehung, Bildung und Weiterbildung“ (Art. 25 (1)). Allerdings modifiziert das Art. 26 (1): „Der Staat sichert die Möglichkeit des Übergangs zur nächsthöheren Bildungsstufe bis zu den höchsten Bildungsstätten, den Universitäten und Hochschulen, entsprechend dem Leistungsprinzip, den gesellschaftlichen Erfordernissen und unter der Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung.“ Hier wird also die Leistung nur als eines von mehreren Kriterien zugrundegelegt, die ihrerseits so dehnbar sind, daß sie der Auslegung und Anwendung einen großen Freiraum eröffnen.

Wenn man hinzunimmt, daß es in der DDR weder die Möglichkeit der gerichtlichen Kontrolle der Verwaltung noch eine Verfassungsmäßigkeitskontrolle von Gesetzen gibt, wird man der von Erich Honecker am 6. März gemachten Aussage, die – wie gesagt – tatsächlich nur die geltende Verfassungslage referiert, am ehesten gerecht, wenn man sie als Absichtserklärung charakterisiert, deren Konkretion auf juristischem Weg nicht zu erreichen ist, deren Einlösung entscheidend vom zukünftigen Verhalten der Kirche abhängen wird. Vorkommende Benachteiligungen auf diesem Gebiet wird man – wie früher auch schon – mit „den gesellschaftlichen Erfordernissen und unter der Berücksichtigung der sozialen Struktur“ erklären.

b) Der Bereich „kirchliche Sendungen in Rundfunk und Fernsehen“ wurde offenbar „einer Lösung zugeführt“. Es wird im II. Fernseh-Programm sechs Sendungen zu je 20 Minuten im Jahr und im Hörfunkprogramm „Stimme der DDR“ monatliche Informationssendungen geben. Dabei ist zu bedenken, daß das Fernseh-Angebot eine im technischen Umgang mit dem Medium und konzeptionell – an wen will man sich richten: den Fernsehenden, den Zugehörigen? – unvorbereitete Kirche trifft. Das wird sich im Laufe der Zeit beheben lassen. Sicher wird es Christen in der DDR geben, für die es eine Stabilisierung darstellt, nun auch in den Medien, die ja – anders als bei uns – nicht Pluralität, sondern die von der Partei erarbeitete und verantwortete Linie zu verbreiten haben, vorzuziehen: Ein Gefühl, nun endlich doch noch hof- und salonfähig geworden zu sein, wird sich bei manchen einstellen. Aber es wird auch Gruppen und Kreise geben, die gar nicht so sehr darauf erpicht sind, mit Namen und Hausnummer im Fernsehen zu erscheinen. Zu denken ist da etwa an die Hauskreise in der DDR, die, und das aus gutem Grund, ohne Benützung von Kirchen- und Gemeinderäumen zusammenkommen.

c) Über „Fragen der Seelsorge in Strafvollzugsanstalten“ ist ebenfalls gesprochen worden. Im Grundsätzlichen ist das Problem geregelt im Strafvollzugsgesetz vom 7. April 1977: „Strafgefangenen wird bei Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft auf Wunsch religiöse Betätigung ermöglicht“ (§ 34 (2)). Besser, weil weniger konfliktträchtig, wäre es gewesen, die Religionsgemeinschaften in der DDR hätten sich – in Anlehnung an Art. 141 WRV – das Recht auf Zulassung „zur Vornahme religiöser Handlungen“ gesichert, „soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge . . . in Strafanstalten . . . besteht“. Die Bestimmung im DDR-Strafvollzugsgesetz heißt aber immerhin im Klartext, daß die staatliche Seite alles zu lassen hat, was die Praktizierung der Wahrnehmung dieses Wunsches erschwert oder gar hindert, bzw. daß sie, um es positiv zu sagen, alles tun muß, damit dieser Wunsch im Bedarfsfall realisiert werden kann. Konkret ist es hier wohl um eine bessere personelle Präsenz für die Seelsorge in Strafvollzugsanstalten gegangen, um Sondergenehmigungs-Gewährung für Gottesdienste und um Bestückung der Gefängnisbibliotheken mit religiöser Literatur. Daß die Gesprächs-Mitteilung auf den Problem-Bereich eingeht, ist Zeichen dafür, daß hier Einigungen erzielt werden konnten,

daß die staatliche Seite also offenbar sich bereit gezeigt hat, den gesetzlichen Bestimmungen Taten folgen zu lassen. Allerdings wird sie darauf achten, daß in Anspruch genommene kirchliche Tätigkeit in Strafvollzugsanstalten nicht kollidiert mit „einer wirk-samen Erziehung der Strafgefangenen zu gesellschaftsgemäßigem Verhalten“ (§ 10), die dort zu erfolgen hat.

Nicht erwähnt wird in dem «ADN»-Text, daß auch Möglichkeiten für religiöse Handlungen in staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen, wofür es eine aus dem Jahr 1960 stammende Regelung bereits gibt, besprochen wurden. Daß hier in Zukunft weniger restriktiv verfahren wird, steht zu erwarten. Zumal zu bedenken ist, daß kirchliche Betreuung der in diesen Heimen untergebrachten Menschen aus staatlicher Sicht keinen oder nur geringen „Schaden“ wird anrichten können.

Dieser Überblick, der nicht eingegangen ist darauf, daß die Übernahme der auf Lebenszeit angestellten kirchlichen Mitarbeiter in die staatliche Altersversorgung ebenso verhandelt wurde – ohne daß eine Lösung des Problems sichtbar wurde – wie die Unterstützung kirchlicher Aktivitäten zum Luther-Jubiläumsjahr 1983 oder die weitere Unterstützung kirchlicher Bauvorhaben u. a. m., mag genügen.

Ohne Basis-Rezeption wird sich nichts verändern

Worauf es ankommt, ist ohnehin deutlich geworden: Ohne Ratifikations-Vorgang an der Basis sind alle Übereinkünfte und Absichtserklärungen vom 6. März wirkungslos: „Offenheit und Durchsichtigkeit sind das Barometer des Vertrauens. Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt“, hat Bischof Schönherr bei der Begegnung gesagt. Gewiß ist die Bereitschaft von Staat und Partei wichtig, Verfassungsbestimmungen und gesetzliche Vorschriften auch anzuwenden. Und das Vertrauen kirchenleitender Frauen und Männer in die Seriosität dieser Bereitschaft ist gleichermaßen notwendig. Wenn aber die Basis, die kirchliche wie die innerhalb der Partei, nicht mitzieht, wird sich kaum etwas bewegen.

Hier wird es Schwierigkeiten geben. Religion und damit auch christlicher Glaube wurde in der DDR zu lange als Aberglaube, rückschrittlich und zum baldigen Absterben verurteilt dargestellt, wenn nicht denunziert. So rasch kann da das „Fußvolk“ auf beiden Seiten nicht umlernen und den Wandlungsprozeß zur Kenntnis nehmen, der hier tatsächlich zu verzeichnen ist. Denn ganz ohne Zweifel lassen sich im gegenwärtigen marxistischen Religionsverständnis Aspekte wahrnehmen, die so früher nicht anzutreffen waren.

Insonderheit ist an die Untersuchungen sowjetischer Wissenschaftler zu denken, die zu der Erkenntnis gelangt sind, „daß Religion nicht durch Gesellschaftsveränderung und atheistische Propaganda oder Bewußtseinswandel abschaffbar ist... In der Vergangenheit hat man in gewisser Einseitigkeit stärkeres Gewicht auf die Analyse der sozialen Wurzeln in der Religion gelegt und gehofft, die Religion werde absterben, wenn die sozialen Wurzeln für ihr Fortbestehen beseitigt sind. Unter dem Eindruck, daß auch nach mehreren Jahrzehnten sozialistischer Gesellschaftsordnung Religion noch immer existiert, versucht man in den letzten Jahren Gründe dafür zu finden und wendet sich seitdem mehr einer Analyse der im gesellschaftlichen Bewußtsein liegenden Wurzeln der Religion zu, den gnoseologischen und psychologischen Wurzeln“ (R. Zander, Neuere Aspekte im marxistischen Religionsverständnis; Beiträge B2, herausgegeben von der

Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR; Dezember 1977, S. 2).

Hinzu kommt die Wahrnehmung der positiven Beteiligung von Kirchen und Christen in den Ländern der Dritten Welt am Kampf um Befreiung. Man kann nicht gleichzeitig diese loben und als Bündnispartner betrachten oder zu gewinnen trachten und dem Christentum im eigenen Land den Kampf ansagen und es austrocknen wollen: „Die Mehrheit der heutigen Menschheit in Asien, Afrika und Lateinamerika, die zum Kampf gegen Kolonialismus und imperialistische Unterdrückung aufgebrochen ist, setzt sich zusammen aus Gläubigen der verschiedenen Bekenntnisse und Konfessionen. Für viele von ihnen ist die Suche nach einem besseren, menschenwürdigen Leben die Suche nach einem Weg zur praktischen Verwirklichung ethischer Prinzipien und Ideale, gewonnen oder abgeleitet aus religiösen Geboten. Eine der großen Fragen, die sie bewegt, ist die nach der Vereinbarkeit ihres Bekenntnisses mit den real existierenden Möglichkeiten gesellschaftlicher Ordnung. Daß zwischen ihren religiösen Überzeugungen, ihren ethischen Prinzipien und der Wirklichkeit des Imperialismus mit seinen Wolfsgesetzen ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht, ist vielen dort bewußt. Auch aus dieser Erkenntnis entspringen Antriebe für die antiimperialistische Position vieler Befreiungsbewegungen. Andererseits scheint es manchem ein unbegreiflicher Widerspruch, daß der Sozialismus, der unter der Führung atheistischer Arbeiterparteien Wirklichkeit geworden ist und sich ausbreitet, Heimstatt und Betätigungsfeld gläubiger Humanisten sein kann. . Die Erfahrungen, die wir gemeinsam bei der Errichtung und Einrichtung unserer Gesellschaft gewonnen haben, daß realer Sozialismus nicht schlechthin Glaubensfreiheit garantiert – das können manche, wengleich nicht alle kapitalistischen Länder auch –, sondern die Freiheit, nach seinem Glauben zu leben im Dienste am Nächsten, ohne immer und immer wieder in Schuld verstrickt zu werden durch die Mitverantwortung für Aggressionen und neokolonialistische Unterdrückung, für Ausbeutung, Elend und Unwissenheit, die karitativ stets nur zu lindern, aber nicht zu überwinden sind, schließlich das Erlebnis der Gemeinschaft von Gläubigen verschiedener Religionen und Konfessionen mit Atheisten, mit Marxisten-Leninisten bei der Durchsetzung gemeinsamer politischer Ziele, all das ist von unschätzbarem Wert für die antiimperialistischen Bewegungen in aller Welt“. So hat das am 31. Oktober 1975 das Mitglied des Politbüros der SED, Werner Lamberz, in einer Rede auf einer Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit Führungskadern ausgeführt. Der Text ist zwar in Buchform gedruckt, aber nie an den Buchhandel ausgeliefert worden (das o. a. Zitat findet sich auf S. 82 ff).

All solche Erkenntnisse, die offensichtlich politisches Handeln auf höchster Ebene beeinflussen, müssen nun auch nach „unten“ vermittelt werden. Das wird seine Zeit dauern und bei nicht wenigen auf intellektuelle und emotionale Blockaden stoßen.

Im Blick auf den 6. März wird man auch zu berücksichtigen haben, daß hier für die Öffentlichkeit sichtbar Staat und Partei gegenüber der Kirche Offenheit und Großzügigkeit an den Tag gelegt haben und damit sicher all denen den Wind aus den Segeln nehmen wollten, die ständig das Gegenteil behaupten und verbreiten: Wenn Staat und Kirche auch optisch so einträchtig nebeneinander auf der Titelseite des «Neuen Deutschland» stehen, kann die Lage doch nicht so schlimm sein, wie das gewisse Kreise anzuprangern nicht müde werden. Daß bei diesem Vorgang gewiß auch ein Stück Anerkennung der einstigen, noch immer nicht ganz geschwundenen Größe und Bedeutung des Protestantismus, vor allem preußischer Provenienz, eine Rolle gespielt hat, legt sich – in Analogie

etwa zur Aussöhnung der polnischen KP mit der katholischen Kirche dort – nahe. Und schließlich signalisiert der Vorgang Übereinstimmung mit einer Größe, deren Zahl zwar stetig abgenommen hat, die jedoch als Opponent noch immer zu fürchten wäre. Eine auf Kollisionskurs gehende, die Konfrontation offen suchende Kirche in der DDR könnte dem Staat das Leben ziemlich schwermachen. Insofern hat dieser allen Grund, mit Verlauf und Ergebnis des März-Treffens zufrieden zu sein.

Und wie sieht das nun auf kirchlicher Seite aus? Auch sie wird Schwierigkeiten mit der Basis haben, die im Tagesgeschäft selten etwas von dem wahrnimmt, was Lamberz in seiner Rede beschreibt, und die Kirchenleitungen gegenüber mißtrauisch geworden ist – aus vielerlei Gründen: Stehen prominente Kirchenvertreter nicht allzuoft mit Repräsentanten des Staates zusammen; benutzen sie bei Äußerungen z. B. zu staatsoffiziellen Anlässen nicht oft genug ein Vokabular, das – zumindest für den ins kritische und differenzierende Hören nicht Eingewöhnten – kaum mehr eigene Stellungnahme markiert; können sie nicht leichter ins westliche Ausland reisen; haben sie nicht müheloser Zugang zu Informationen? Die hier Verantwortung tragen, werden sich hart tun, jenes Ratifikationsklima an der Basis zu erzeugen, ohne das Absprachen auf höchster Ebene folgenlos bleiben. Dabei müssen sie bei vielen Zutrauen sowohl in die Glaubwürdigkeit staatlicher Zusagen als auch in die eigene kirchliche Integrität bei derartigen Zusammenkünften erwecken.

Endlich darf bei einer Einschätzung des 6. März nicht zu kurz kommen, daß christliche Gemeinde und die Praktizierung christlichen Glaubens sich niemals der Konzession oder dem Wohlwollen des Staates verdanken kann und dadurch ermöglicht wird. Die Existenz der Kirche wird allein von ihrem Herrn gesichert. Das Verhältnis von Kirche und Staat muß sicher nicht künstlich und nicht ohne Not verkompliziert werden. Aber es sind doch auch die Gründe einmal näher zu betrachten, die eine Kirche veranlassen (können), den Schutz des Staates, ein erträgliches Auskommen mit ihm zu suchen. Oft genug sind es Grund und Boden, Eigentum, Steuerbefreiung u. a. m., die es Kirchen so schwermachen, auf den dies garantierenden staatlichen Schutz zu verzichten, und der gerne gegeben wird, sichert er doch Einflußnahme und schafft so Abhängigkeit. Auch solche kritischen Anfragen von Christen in der DDR zum 6. März wird es geben. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Überlegung, daß die Neuentdeckung der universalen, der ökumenischen Gemeinschaft von Christen und Kirchen untereinander Gewicht und Bedeutung des nationalen Kontextes hat zurücktreten lassen. Es kann der Kirche in der DDR im Gespräch mit dem Staat nicht darum gehen, Reste einstiger Größe behalten zu können oder zurückzugewinnen. Das hat auch ganz gewiß keiner der bei dem Gespräch anwesenden kirchlichen Vertreter im Sinn gehabt. Nur könnten die erzielten Resultate – als da u. a. sind: genehmigte Bauvorhaben, Sonderstellung landwirtschaftlichen Grundbesitzes in kirchlicher Hand, verstärkte Präsenz in Gefängnissen, Alten- und Pflegeheimen – solch ein Mißverständnis zumindest ermöglichen und als nicht ganz grundlos erscheinen lassen. Daher werden die inhaltliche Ausfüllung und die Konkretion der gewonnenen Möglichkeiten deutlich machen müssen, daß und wie sie in das Konzept einer Kirche, die für andere da sein will, passen und dafür in Dienst genommen werden. Wenn die der Kirche durch das Gespräch vom 6. März eröffneten Chancen von ihr nicht missionarisch-erneuernd, sondern bloß traditionell-herkömmlich realisiert werden, riskiert sie den Verlust von Glaubwürdigkeit und setzt das Programm, unter dem sie angetreten ist, erheblichem Zweifel aus.

Daß „der Dienst des Bundes der Evangelischen Kirchen seinen Ort und sein Bewährungsfeld im Bereich der sozialistischen Gesellschaft der DDR“ hat, war eine der wesentlichen Aussagen der bereits erwähnten Eisenacher Synode. Daß Theologie und Verkündigung in der sozialistischen Gesellschaft und für sie nicht heißen kann und darf: sozialistische Theologie und Verkündigung, ist – gegen mancherlei Zumutungen und Lockungen – von Kirche und Staat – „eine ‚Sozialisierung‘ der christlichen Lehre hat es bisher nicht gegeben und wird es auch in Zukunft nicht geben“ (P. Verner a.a.O., S. 11) – all die Jahre über durchgehalten worden. Die Einschätzung der Situation ist es, die Unterschiedlichkeiten markiert. Verner hat den Kirchen in seinem Grundsatzreferat unmißverständlich zu verstehen gegeben: „Jede Fragestellung nach dem Platz der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik muß von der sozialistischen Verfassung ausgehen und davon, daß in der DDR das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus dauerhaft und unabänderlich ist, daß christliche Bürger auf immer in diesem Staat leben und ihn durch ihre Arbeit und Leistung mitgestalten“ (a.a.O.). Er warnte daher, „von den konkreten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR“ zu abstrahieren und statt dessen „Gesellschaftsmodellen und -klischees, wie sie von der bürgerlichen Futurologie aufgestellt werden“, anzuhängen (a.a.O.).

Die Kirche dagegen hat die Situation stets als Herausforderung, als unabgeschlossen – „Vom Reich Gottes, der Zukunft Christus aus, wird sozialistische Gesellschaft ein offener Prozeß, gegen seine ideologische Selbstausslegung“ (Chr. Hinz, S. 35) – aufzufassen sich bemüht, die Stellungnahme und Antwort nötig macht. Stichwortartig wären da zu nennen: das zunehmende Konsum- und Freizeitbedürfnis, die Einheitsgesellschaft unter dem zentralistischen SED-Führungsanspruch, verbunden mit einem Trend zur Erziehungsgesellschaft; Monopolisierung der Information müßte genauso thematisiert werden wie Leistungsforderung und Forderung von Parteilichkeit im Klassenkampf. Zu diesen Fragen und Problemen auch im Rahmen dessen, worüber man am 6. März sich verständigt hat, Stellung zu nehmen, erfordert Mut und Klugheit, Phantasie und die Bereitschaft, Konflikte mit den eigenen Leuten wie mit den Vertretern aus Staat und Partei nicht zu scheuen.

Überwiegend positive Würdigung und Auslegung des März-Gesprächs

Die seit dem Gespräch inzwischen vergangenen Wochen und Monate – für eine solide Erfolgskontrolle ein zu kurzer Zeitraum – waren angefüllt mit unterschiedlichen und unterschiedlich motivierten Einschätzungen und Auslegungen des Vorgangs. Dabei hat es, von Skepsis, Resignation und Desinteresse an der Basis einmal abgesehen, lediglich eine negative Reaktion eines prominenteren Protestanten gegeben: Der 59 Jahre alte Superintendent Gerhard Steinlein ist aus Kirchenleitung und Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg ausgeschieden. In einem Gespräch mit der «Rheinischen Post» hat er seinen Schritt unter anderem damit begründet, daß der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR sich „auf ‚die schiefe Ebene einer fatalen Anpassungspolitik‘ (habe) drängen lassen... daß man sich ‚nicht, wie ursprünglich formuliert, geographisch als ‚Kirche im Sozialismus‘ empfindet, sondern meint, auch immer mehr zur Bejahung des Sozialismus übergehen zu müssen‘... Besonders auf außenpolitischem Gebiet zeichnet sich ein Zusammenwirken ab. ., während zugleich ‚strikt vermieden wird, in den ökumenischen Gremien etwas zu sagen, was im Gegensatz zur DDR-Politik steht‘. Immer seltener werden öffentliche Stellungnahmen der Kirche zu den das Leben der DDR-Bür-

ger bedrückenden Fragen . Die Kirchenführer betreiben im Kontakt mit dem Staat eine Geheimdiplomatie, die weite kirchliche Kreise das Vertrauen in sie verlieren ließen. Bezeichnend sei, daß Bischof Schönherr . seine eigene Landeskirche ‚erst drei Tage vorher in einem Nebensatz von dem bevorstehenden Treffen mit Honecker informierte‘ ... Steinlein sieht sich nach dem für einen ‚gefährlichen Trend‘ symptomatischen Gipfeltreffen der Kirchenführer mit Honecker außerstande, in der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg noch länger Mitverantwortung für das zu tragen, was er als ‚Einvernahme der Kirche durch den Staat‘ betrachtet. ...“ («Rheinische Post» vom 3. 4. 1978).

Demgegenüber haben die führenden evangelischen Kirchenvertreter in der DDR in positivem Sinn die grundlegende Bedeutung des Gesprächs vom 6. März gewürdigt. So hat Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in einem von Radio DDR am 12. 3. 1978 gesendeten, den Doppelsinn von Worten zuweilen sich zu eigen machenden Kommentar ausgeführt: „Das Spitzengespräch am 6. März zeigte, daß die weltanschaulichen Gegensätze zwischen Marxisten und Christen, die weder verwischt noch verharmlost werden sollen, keine unübersteigbaren Barrieren bilden. Wenn es um eine gerechtere, friedlichere und freundlichere Welt geht und wenn wir wissen, daß daran mitzuwirken Gottes Wille ist, dann brauchen wir Christen die Grenzen der Ideologie nicht ernster zu nehmen als die gemeinsame Aufgabe. Und hier weiß sich der Christ von seinem Glauben her mitverantwortlich sowohl für das Ganze als auch für den einzelnen. Das Gespräch des Staatsratsvorsitzenden mit den Vertretern des Kirchenbundes bedeutet einen Höhepunkt in einem langjährigen, kontinuierlichen Prozeß, einem manchmal schmerzhaften Lernvorgang für alle Beteiligten auf allen Ebenen, der noch nicht abgeschlossen ist“ (epd Dokumentation Nr. 5/78 vom 28. 3. 1978, S. 12f).

Auch Bischof D. Hans-Joachim Fränkel, ganz gewiß keiner der bequemen Leitenden Geistlichen in der DDR und keiner, dem man Konformität mit dem bestehenden gesellschafts-politischen System in der DDR so ohne weiteres wird nachsagen können, legt Wert auf die Feststellung, daß das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR nicht unter dem Stichwort „Konfrontation“, sondern „Lernprozeß“ zu sehen ist.

In seinem Bericht an die Synode der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, die vom 31. März bis 3. April 1978 tagte, hat er dazu ausgeführt: „Für den geistlichen Lernprozeß der Kirche ... war es entscheidend ... die Situation der Kirche im Sozialismus nicht gottlos zu nehmen, sondern unter Gott zu sehen und sich eben diese Situation durch das Evangelium erschließen zu lassen. Die so durch das Evangelium gewonnenen Erkenntnisse lassen sich dahin zusammenfassen: Wir dürfen auch über unserem Staat und unserer Gesellschaft die Herrschaft Jesu Christi glauben. Auch unser Staat steht – unabhängig davon, wie er zustande gekommen ist und unabhängig davon, wie er sich selbst versteht – unter Gottes gnädiger Anordnung, für Recht und Frieden zu sorgen. Darum beten wir für die Träger staatlicher Macht und achten ihre Autorität. Auch der entschlossene Wille, den Marxismus-Leninismus zur Grundlage aller Lebensformen zu machen, hebt die gnädige Herrschaft unseres Herrn nicht auf und kann Gott nicht hindern, bei uns und mit uns zu sein und uns in unserer Gesellschaft Gutes zu tun. Darum haben wir im Bekenntnis zur gnädigen Herrschaft unseres Herrn unseren Staat und unsere Gesellschaft als den Raum der Bewährung unseres Glaubens anzunehmen... Das.. heißt, daß wir als Kirche und als Christen in unserer Gesellschaft zu unterscheiden haben zwischen dem gebotenen Dienst an der Erhaltung des Lebens und der gebotenen Verweige-

rung atheistischer Bindung. Von daher ist es unmöglich, unserem Staat und unserer Gesellschaft mit ungueter Konfrontation zu begegnen... Ebenso wenig aber kann sich die Kirche von opportunistischer Akklamation leiten lassen. Kirche im Sozialismus ist die Kirche, die zwischen den Abgründen unfruchtbarer Konfrontation und unglaublicher Akklamation in der durch Christus geschenkten Freiheit zum Dienst und damit im Gehorsam des Glaubens ihren Weg als Zeugnisgemeinschaft zu gehen sich bemüht. Die Geschichte des Verhältnisses von Staat und Kirche der letzten drei Jahrzehnte ist ein oft schmerzreicher Weg gewesen, auf dem es nicht nur auf seiten der Kirche einen geistlichen Lernprozeß gegeben hat, sondern – soweit ich zu sehen vermag – auch auf seiten des Staates vertiefte Erkenntnisse gewonnen wurden“ (epd Dokumentation 30/78 vom 3. 7. 1978, S. 63 f). Daher „ist der Begegnung vom 6. März besondere Bedeutung beizumessen. Der Kirche wurde die Möglichkeit gegeben, in der Freiheit ihres Eigenseins als Kirche echter Gesprächspartner des Staates zu sein. Es ging der Kirche nicht darum, ihr Schäflein ins Trockene zu bringen, sondern als ‚Kirche für andere‘ bei aller klaren Trennung von Staat und Kirche ihre eigene Verantwortung für ein gutes Miteinander der Menschen in unserer Gesellschaft und für die Nöte der Welt wahrzunehmen. Dies wurde anerkannt unter ausdrücklichem Hinweis auf die große gemeinsame Verantwortung für den Frieden. Beiden Gesprächspartnern ging es darum, daß das dieses Gespräch prägende Klima der Achtung der Überzeugung des anderen sich auf allen Ebenen durchsetzt. Gegenüber aller Resignation wie anderen Widerständen wird es jetzt die Aufgabe gemeinsamer Verantwortung sein, das in dem Gespräch so klar angesprochene Ziel zum Wohle aller in unserer Gesellschaft und im Interesse des Friedens in der Welt zu erreichen. Dabei wird die Kirche als ‚Kirche im Sozialismus‘ in der Freiheit und Gebundenheit ihres Glaubens sich zu bewähren haben. Wir haben die selbstverständliche Loyalität gegenüber unserem Staat und den uns gebotenen Freimut so zu verbinden, daß eine Difamierung unseres Staates nach jeder Seite hin – soweit es an uns liegt – ausgeschlossen bleibt“ (a.a.O., S. 66).

...auch im Politbüro der SED und bei der CDU der DDR

Die staatliche Seite ist ebenfalls gewillt, den 6. März ernstzunehmen. In seinem für das Politbüro an die 8. Tagung des ZK der SED erstatteten Bericht ist Erich Honecker auch auf dieses Gespräch eingegangen: „Am 6. März 1978 fand zwischen mir und dem Vorstand der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR eine Begegnung statt. Hierbei wurden von meiner Seite das Friedensengagement der Kirchen, ihr Eintreten für Entspannung und Völkerverständigung sowie ihre humanitäre Hilfe für notleidende und um ihre Befreiung kämpfende Völker gewürdigt. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich den Kirchen als Kirchen im Sozialismus heute und künftig viele Möglichkeiten des Mitwirkens an der Realisierung der zutiefst humanistischen Ziele unserer Politik zum Wohle des Volkes eröffnen. Entsprechend meinem Amtseid als Vorsitzender des Staatsrates habe ich bekräftigt, daß unsere sozialistische Gesellschaft jedem Bürger, unabhängig von Alter und Geschlecht, Weltanschauung und religiösem Bekenntnis, Sicherheit und Geborgenheit bietet. Sie gibt ihm eine klare Perspektive und die Möglichkeit, an der Zukunft mitzubauen, seine Fähigkeiten und Talente, seine Persönlichkeit voll zu entfalten. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR begrüßte in einer Stellungnahme die Ergebnisse des Gesprächs als einen wichtigen Schritt in der Entwicklung des Verhältnisses von

Staat und Kirche. Die Ergebnisse der Begegnung werden vom Politbüro hoch eingeschätzt“ («Neues Deutschland» vom 25. Mai 1978).

In dem Vorab-Bericht der «Saarbrücker Zeitung» in der Ausgabe vom 5. 7 1978 über ein mit Erich Honecker geführtes Interview findet sich ein wörtliches Zitat von ihm, das dann im Abdruck des Interview-Wortlautes in der «Saarbrücker Zeitung» wie auch im «Neuen Deutschland» fehlt: „Die Kirchen in der DDR haben ihre Aufgabe in unserer Gesellschaft und diese können sie ungehindert erfüllen“ («Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 8. 7 1978).

Daß das Zentralorgan der DDR-CDU «Neue Zeit» und der Partei gewogene Publikationen das Treffen positiv würdigen und in die Ahnengalerie eigener Bemühungen einzureihen bestrebt sind, verdient Beachtung. So verweist E. Klages in einem Kommentar in der «Neuen Zeit» vom 8. 3 1978 auf „die guten Erfahrungen ungezählter Christen, die in tagtäglich praktizierter Mitverantwortung für das Ganze immer wieder erleben, daß in unserer sozialistischen Gesellschaft alle, die sie gestalten helfen, ‚Bürger erster Klasse‘ sind. Was auf dem 14. Parteitag der CDU erneut als beglückende Grunderfahrung unserer Mitglieder und vieler parteiloser Christen zum Ausdruck gebracht worden ist, hat auf seine Weise den Boden bereiten helfen auch für die Entwicklung von Sachlichkeit, Vertrauen und Freimütigkeit im Verhältnis der Kirchen zu unserem Staat, wie sie die Begegnung mit Erich Honecker so eindrucks- und verheißungsvoll bezeugte.“

Zwei Proben auf den 6. März: die Kirchentage...

Auf zwei Ereignisse ist noch einzugehen, die zeitlich nach dem März-Gespräch liegen, und die – wenn auch in unterschiedlicher Weise – mit dem Datum etwas zu tun haben, zumindest dann, wenn man „Atmosphärisches“ in die Überlegungen miteinbezieht. Einmal hat es drei regionale Kirchentage gegeben in 1 Leipzig (26./27 Mai) – „Leben heißt ein Ziel haben“ – mit mehr als 50000 Teilnehmern bei der zentralen Abschluß-Veranstaltung auf dem dortigen Messegelände, 2. Erfurt (2.–4. Juni) – „Es geht ums Leben“ –, wo sich 20000 Menschen zur Schlußversammlung auf dem Domplatz einfanden, und 3 Stralsund (16.–18. Juni) – „Auf der Suche nach Leben“ – mit mehr als 10000 Beteiligten bei der Schlußveranstaltung.

Diese Kirchentage sind von den Behörden gut unterstützt worden. Und sicher zu Recht kommentiert die «Westdeutsche Allgemeine Zeitung» vom 29. Mai im Blick auf Leipzig: „Der Staat hat weithin demonstriert, daß er es ernst meine mit den Zusicherungen, die SED-Chef Honecker den evangelischen Kirchen gab. Die Kirchenführer werden sich nun in den Ratschlägen, Ermunterungen und Forderungen geradezu bestätigt sehen, mit denen sie sich selbst an die Gemeinden wenden: Die Christen in der DDR sollen sich auf ihr Christentum berufen und die Zusicherungen des Staates in Anspruch nehmen. Die Sorge der Kirchenführer muß es sein, daß das ungewöhnliche Gesprächsdokument vom 6. März in die Praxis umgesetzt wird, bevor sozusagen das Leben darüber hinweg geht.“

...und die Wehrkunde

Zum andern hat die Ankündigung, in der DDR werde mit Beginn des neuen Schuljahres im Herbst 1978 für die 9. Klassen – und ein Jahr später dann auch für die 10. Klassen – der allgemeinbildenden Schulen das obligatorische Fach Wehrunterricht eingeführt, eine in

der Sache hart betriebene Auseinandersetzung zwischen der Regierung und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR ergeben, ohne daß dafür Worte wie „Kollision“ oder „Konfrontation“ von den Beteiligten verwendet wurden. Anfang Mai hat die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, ihre Bedenken gegenüber diesem geplanten Fach schriftlich vorgetragen und die Bitte geäußert, von dem Projekt möge Abstand genommen werden. Mündlich trugen dann die Vertreter der Konferenz dem Staatssekretär ihre Bedenken in einem Gespräch am 1 Juni vor

Die Erläuterungen der Motive auf staatlicher Seite von H Seigewasser machten dabei deutlich, daß die Regierung von einer Einführung des Faches nicht lassen werde. Daher trat die Konferenz am 14. Juni zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und beschloß, die ihr mitgeteilten Informationen samt den staatlichen Argumenten für und den kirchlichen Bedenken gegen das Fach Wehrkunde den Gemeinden zugänglich zu machen. Diese „Orientierungshilfe“ mit Anschreiben (vgl. die Dokumentation in diesem Heft Seite 276 ff) wurde am 25. 6. 1978 in zahlreichen Gottesdiensten verlesen. Außerdem wandte sich die Konferenz in einem weiteren Schreiben noch einmal an die Regierung und bedauerte, daß den von ihnen geäußerten Bedenken nicht entsprochen worden ist. Am 19. Juni trafen Vertreter der Konferenz mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Willi Stoph, zu einem seit längerem vorbereiteten Gespräch zusammen, um „Ergebnisse ökumenischer Konferenzen in Glien, Chorin und Chantilly zur Frage des Wettrüstens, der Abrüstung und der Entspannung“ zu übergeben («Neues Deutschland» vom 20. 6. 1978). Bei dieser Gelegenheit soll von kirchlicher Seite auch der vorgesehene Wehrkunde-Unterricht thematisiert worden sein.

Daß die Offenheit, mit der seitens der Kirchen dazu gesprochen worden ist – auch auf den Kirchentagen –, etwas mit dem 6. März zu tun hat, ist von Bischof W Krusche auf der bereits erwähnten EKS-Synode ausdrücklich festgestellt worden: „Die Stellungnahme der Konferenz der Kirchenleitungen zur Einführung des obligatorischen Unterrichtsfaches Wehrerziehung in ihrem Schreiben an die Regierung sowie in ihrem Wort an die Gemeinden geschieht auf dem Boden des Gespräches vom 6. März und also unter der Voraussetzung der gemeinsam ausgesprochenen Überzeugung, daß die Erhaltung des Friedens unsere vorrangige Aufgabe sei Die Konferenz der Kirchenleitungen wendet sich in einer gewichtigen Sachfrage, für deren Entscheidung die Regierung die letzte Zuständigkeit hat, an die damit befaßten Stellen des Staates, bringt ihre Bedenken – namentlich im Blick auf die Erziehung unserer Jugend zur Friedensfähigkeit – zum Ausdruck und bittet dringend um Überprüfung, und sie informiert die Gemeinden über die unternommenen Schritte und versucht, eine seelsorgerliche Hilfe zu geben. Kein außergewöhnlicher Vorgang, sondern das ernsthafte und einander ernstzunehmende Ringen um das dem Frieden Dienliche.

Unsere Besorgnisse sind freilich nicht behoben worden, sondern bleiben bestehen. Wir sehen in diesem Vorgang keine Konfrontation und halten ihn ungeeignet zur Propaganda gegen die DDR und ungeeignet, sich in seiner Skepsis gegenüber dem Gespräch am 6. März bestätigt zu fühlen“ («berliner kirchenreport» Nr A 7 vom 4. 7 1978, S. 5). Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen nahm auf ihrer Tagung am 7 und 8. Juli 1978 „mit Genugtuung“ diese „Klarstellung zur Kenntnis“

Es sieht in der Tat so aus, als könnte man von einer „ersten ernststen Belastungsprobe nach dem 6. März“ – so G. Horstmeier in einem Beitrag für das «Deutsche Allgemeine Sonn-

tagsblatt» vom 18. Juni 1978 – so nicht sprechen. Denn erkennbar haben die von kirchlichen Vertretern intern wie öffentlich vorgebrachten Einwendungen gegen das neue Unterrichtsfach nicht zu einer sichtbaren Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche geführt, was auch daran liegen mag, daß die kirchliche Seite von Anfang an sich gegen jede mißbräuchliche Verwendung des Vorgangs im Westen verwahrt hat: „Diese Angelegenheit wird in der DDR ausgetragen. Es würde einer sachlichen Behandlung dieser Frage abträglich sein, wenn sie in die Mühle der politischen Propaganda geriete“, so Bischof Krusche auf dem Erfurter Kirchentag («berliner kirchenreport» A 4 vom 13. 6. 1978, S. 2).

Geht man allerdings vom Erfolg der Einrede aus, dann muß man nüchtern feststellen, daß er ausgeblieben ist, jedenfalls bis jetzt (vgl. aber die in der Dokumentation auf Seite 278 abgedruckte epd-Meldung vom 17. 8. 1978). Doch sollte die Tatsache, daß ein zwischen Staat und Kirche in der DDR kontroverses Thema so freimütig und öffentlich verhandelt werden konnte und kann, nicht zu gering eingeschätzt werden. Das ist sicher ein Zeichen für das veränderte Klima und steht somit im Zusammenhang dessen, was am 6. März als gemeinsame Geschäftsgrundlage festgestellt und als daran anknüpfende Perspektiven vereinbart worden ist.

Uwe-Peter Heidingsfeld/Berlin

Dokumentation

„Kirche im Sozialismus“ Texte aus der DDR

Als Ergänzung zu dem Beitrag „Kirche im Sozialismus“ in diesem Heft drucken wir einige Texte aus der DDR ab, in denen sich das Selbstverständnis der Kirchen nach dem Spit-

zengespräch mit dem Staat am 6. März dieses Jahres dokumentiert. Vor allem in der Auseinandersetzung um den geplanten Wehrkundeunterricht wird die neue Situation deutlich.

Kirchentagsfrühling

Ein Rückblick auf die Kirchentage in Leipzig, Erfurt und Stralsund

Die Frühlingsmonate Mai und Juni, in denen sich für viele Kirchenleute vieles um die Kirchentage drehte, sind vorüber. Hat sich der Aufwand gelohnt? Wer Erfolge an Zahlen mißt, kann zufrieden sein. Mehr Menschen als erwartet waren in Leipzig, Erfurt und Stralsund zusammengekommen. Summa summarum waren es 85 000. Doch sollte niemand dem Rausch der großen Zahl verfallen. Nüchternheit ist eher am Platz. Auch nach den großen Kirchentagen bleiben die Christen in diesem Land eine Minderheit.

Von den Zahlen einmal abgesehen, stimmen einige Beobachtungen nachdenklich. Sie verdienen es, über das aktuelle Geschehen hinaus festgehalten und beachtet zu werden.

Die Kirchentage hinterließen den Eindruck eines wachsenden Öffentlichkeitsbewußt-

seins der Christen. Und das steht einer Minderheit gut zu Gesicht, deren Gefahr es ist, sich selbstgenügsam ins eigene Schneckenhaus zu verkriechen. Dabei geht es nicht um den äußeren, öffentlichen Rahmen. Denn das Messegelände in Leipzig, den Domplatz in Erfurt und die Freilichtbühne im Stralsund verdankten die Kirchentage ja weniger ihren eigenen Möglichkeiten als vielmehr dem freundlichen Entgegenkommen staatlicher Behörden.

Es geht vielmehr um die Inhalte, die diskutiert wurden. Stichworte wie Erziehung zum Frieden, Umweltverantwortung, Sorge um die Schwachen in der Gesellschaft, Sinnhaftigkeit des Lebens in Arbeit und Freizeit bestimmten neben persönlichen Glaubens- und Lebensfragen immer wieder die Gespräche. In alledem kam zum Ausdruck, daß Christen sich ihres Auftrages in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit bewußt werden. Diese Suche nach dem spezifisch-christlichen Beitrag zu hautnahen gemeinsamen Problemen kann die oft wiederholten Formeln „Kirche für andere“ oder „Kirche im Sozialismus“ davor bewahren, zu billigen Schlagworten zu verkümmern.

Wer weiß, wieviel Kraft, Zeit und Fantasie die Programmgestalter in die Vorbereitung investiert haben, wird mit kritischen Anmerkungen zurückhaltend sein. Von der Zuschauertribüne herunter zu nörgeln, ist ein billiges Vergnügen. Die Beobachtung, daß – jedenfalls in Stralsund – die Aktualität und erregende Spannung weniger programmiert waren, als vielmehr durch die Kirchentagsfahrer spontan eingebracht wurden, wird indes niemand als Nörgerei mißverstehen. Sie zeigt aber, daß Kirchentage auch heute noch – oder heute wieder? – von den Laien in der Kirche bestimmt werden. Auffällig war in diesem Zusammenhang die zahlenmäßig wie inhaltlich starke Beteiligung der jungen Menschen. Sie verstanden die Kirchentage als Möglichkeiten zu Gespräch, Begegnung und schöpferischer Aktivität und nutzten sie entsprechend. Die Kirchentage boten ihnen offensichtlich, was sie in ihren Ortsgemeinden oft nicht finden: Möglichkeiten zum Mitmachen.

Deuten die Kirchentage dieses Frühlings auf einen neuen „Kirchentagsfrühling“ hin? Möglich wäre es, vielleicht am ehesten, wenn Leipzig, Erfurt und Stralsund der Gestaltung zukünftiger Kirchentage die Richtung wiesen: Christen kommen zusammen, um sich miteinander ihres Auftrages zu vergewissern und um sich gemeinsam darum zu bemühen, ihn so gegenwärtig, konkret und öffentlich wie möglich wahrzunehmen. Komende Kirchentage könnten so noch stärker werden, was sie in diesem Jahr schon waren, Stationen auf dem Weg der Christen zu einer qualifizierten Minderheit in unserer Gesellschaft.

«Mecklenburgische Kirchenzeitung» 9 7 1978

aus: «berliner kirchenreport» A 11 vom 1 8. 1978

Die Widerspiegelung der gesellschaftlichen Probleme der DDR im Leben der Kirchen

Aus dem Zwischenbericht des Theologischen Ausschusses der Evangelischen Kirche der Union (EKU) „Die Wahrheit der Kirche in Glaube und Erfahrung. Zur Vergegenwärtigung von Barmen III“. Vorgelegt auf der Tagung der Synode der EKU/Bereich DDR vom 30. 6.–2. 7. 78 in Ost-Berlin:

„... Das Leben der Bürger in der DDR wird in besonderer Weise bestimmt durch den planmäßigen Aufbau des Sozialismus samt allen seinen weltanschaulichen Ansprüchen

und durch den Vergleich mit dem Leben in der ganz anders strukturierten BRD, mit deren Bürgern sie nicht nur die gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte, sondern auch vielfältige, persönliche Beziehungen verbinden. Aus dieser Grundsituation erwachsen unzählige Konflikte und eine doppelte Moral: Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit und in dem privaten Raum klaffen bei vielen auseinander.

Diese Spannungen spiegeln sich im Leben der Gemeinden und Kirchen wider. Daraus ergeben sich hohe Belastungen für die Brüderlichkeit in den Gemeinden, Unklarheiten kirchlicher Worte und Mißverständnisse.

An die Kirchen werden von den einzelnen Christen entgegengesetzte Erwartungen gestellt. Ein Teil erwartet, daß ihnen geholfen wird, angesichts unausweichlicher Forderungen der Gesellschaft getrost ihren Weg gehen zu können. Ein anderer Teil sucht in der Gemeinde einen unpolitischen Freiraum und eine Zufluchtsstätte. Für ihn zeigt sich die Gemeinde von Brüdern als Schicksalsgemeinschaft, die den Zukurzgekommenen Trost und Hilfe gibt und ihre Rechte verteidigt.

Diese entgegengesetzten Erwartungen führen zu starken inneren Belastungen der Gemeinden und Kirchen. Dazu kommt, daß Kirchenleitungen mit Recht darauf bedacht sind, möglichst Konfrontationen zu vermeiden, während die Gemeinden vor Ort, die unmittelbar mit den Einzelschicksalen konfrontiert sind, ein offenes Widerstehen gegen Unrecht erwarten. Das Ausbleiben eines solchen Verhaltens führt zu Verbitterungen. Die zum Teil leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen erheben die Frage nach möglicher verantwortlicher Mitarbeit in der Gesellschaft zu einem gegenwärtigen Hauptproblem, bis dahin, daß sogar die Frage nach rechtem Glauben und rechtem Wandel untergeordnet oder mit ihm in eins gesetzt werden.

An diesem Phänomen zeigt sich in besonderer Weise, wie stark die gesellschaftlichen Probleme auf die Gemeinden einwirken und sie zu lähmen drohen. “

aus «berliner kirchenreport» A 7 vom 4. 7. 1978

Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Gemeinden der Gliedkirchen des Kirchenbundes vom 14. Juni 1978

Unserer Welt zum Frieden zu helfen, haben Christen und Kirchen in zunehmendem Maße als ihre Aufgabe erkannt. Die Versöhnung, die Gott gegen alle Feindschaft der Menschen gesetzt hat, ist der Grund unseres Lebens. Davon Zeugnis zu geben, sind wir allen Menschen schuldig. Um dieses Auftrages willen arbeiten wir als Gemeinde Jesu Christi mit, wo Spannungen abgebaut werden, Vertrauen gefördert und Sicherheit zwischen den Völkern verstärkt werden kann.

In unseren Kirchen haben sich wegen der Einführung des Wehrunterrichts in den Schulen viele besorgte Stimmen zu Wort gemeldet. Der Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hat seinerseits diese Besorgnisse aufgenommen und die Regierung gebeten, das Fach Wehrerziehung nicht einzuführen. Er hat eine ausführliche mündliche Information über die Einführung dieses Lehrfaches in den 9. und 10. Klassen erhalten. Die Konferenz bedauert, daß die kirchlichen Bedenken nicht berücksichtigt wurden, und hat die Regierung noch einmal um eine Überprüfung gebeten. Die Konferenz befürchtet, daß durch die Einführung von obligatorischem Wehrunterricht die Erziehung zum Frieden im Bewußtsein gerade von Jugendlichen ernststen Schaden leidet

und die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der DDR in Frage gestellt wird. Angesichts dieser Situation kommt der Erziehung zum Frieden in unseren Gemeinden und Familien eine besondere Bedeutung zu. Wir haben uns zu mühen,

- daß wir der Gesinnung des Friedens und der Versöhnung Raum schaffen,
- daß von uns Vertrauen und Offenheit spürbar praktiziert werden,
- daß bei Lösung von Konflikten nicht die Macht das letzte Wort behält.

Die Eltern und Mitarbeiter in unseren Gemeinden tragen eine besondere Verantwortung für die Erziehung zum Frieden. Wie das geschieht, müssen wir gemeinsam lernen und dabei einander helfen. Eine erste Orientierungshilfe wird den Gemeinden gleichzeitig zugestellt.

Die Gewissen vieler sind belastet durch die Entscheidungen, die sie zu treffen haben. Den Angefochtenen möchten wir sagen, daß wir sie mit unserer Fürbitte und der uns möglichen Hilfe begleiten werden.

Berlin, den 14. Juni 1978 Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen
aus. epd Dokumentation 30 a/78 vom 28. 6. 1978

Orientierungshilfe der Konferenz Evangelischer Kirchenleitungen in der DDR. (Auszug aus der Anlage zum „Brief an die Gemeinden“ vom 14. Juni 1978)

Die Bedenken der Konferenz (sc. der Evangelischen Kirchenleitungen) gegen die Einführung eines obligatorischen Schulfachs „Sozialistische Wehrerziehung“ sind durch das Gespräch am 1. Juni 1978 nicht beseitigt worden. Im Blick auf die bevorstehende Einführung dieses Faches zum 1. September 1978 wollen wir sie uns als Ergebnis des Wechselgesprächs mit den Gemeinden, Eltern und jungen Erwachsenen, die sie uns vorgetragen haben, und als Resultat von Erörterungen in Beratungs- und Entscheidungsgremien des Bundes noch einmal gemeinsam verdeutlichen:

- (1) Der im Evangelium begründete Friedensauftrag verlangt von den Kirchen und von jedem einzelnen Christen eine nüchterne Prüfung dessen, was in der gegenwärtigen Weltsituation Spannungen abbaut, Vertrauen fördert und dem Frieden dient. Wir verkennen nicht die Verpflichtung des Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu schützen, darum müssen wir uns fragen, was uns heute wirklich sicher macht. Ein von Angst und Bedrohung bestimmtes Sicherheitsdenken stellt nach unserer Überzeugung keinen Schritt auf mehr Frieden dar, weil es zu Handlungen führt, die auf der Gegenseite ebenfalls Angst erzeugen und zur Gegendrohung verleiten. Weil der beabsichtigte Unterricht ein Teil dieses gefährlichen Mechanismus zu werden droht, erscheint er uns als Mittel der Friedenssicherung wenig geeignet.
- (2) Abrüstung ist ein dringendes Gebot der Stunde. Wir sehen eine untrennbare Beziehung zwischen den globalen politischen Bemühungen um die Beendigung des Wettrüstens und der Erziehung zu einem informierten Abrüstungsbewußtsein in der Gesellschaft. Abrüstung wird nur möglich sein, wenn sie wirklich gewollt und im Denken einer jeden Gesellschaft fest verankert wird. Wir sehen die Gefahr, daß obligatorische Wehrerziehung Minderjähriger zu einer Gewöhnung an militärische Mittel der Konfliktlösung führt, die sich langfristig als Hindernis für wirkliches Abrüstungsbewußtsein erweisen könnte. Um der Abrüstung willen brauchen wir eine Erziehung, die Menschen zu gewaltlosen Formen der Beilegung von Streit fähig macht.

- (3) Junge Menschen, die die Schrecken des Krieges nicht kennen und zu einem differenzierten Urteil über die Risiken militärischer Friedenssicherung im nuklearen Zeitalter nicht in der Lage sind, werden durch den beabsichtigten Unterricht, der die Möglichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Ost und West als selbstverständlich voraussetzt und die Vorbereitung darauf zum Inhalt hat, in ihrer Friedensfähigkeit ernsthaft gefährdet. Die frühzeitige Anerkennung militärischer Denkweise, Einstellungen und Verhaltensnormen im Schulunterricht kann dazu führen, daß die Chancen friedlicher Konfliktbeilegung in späteren Jahren gar nicht mehr wahrgenommen werden.
- (4) Die DDR bekennt sich konsequent zur Friedens- und Entspannungspolitik. Wir befürchten, daß die Glaubwürdigkeit dieser Politik im Ausland durch die Einführung des Wehrunterrichts Schaden leidet. Die weltweiten Bemühungen um die Schaffung nichtmilitärischer Sicherheitssysteme können nicht zum Erfolg führen, solange innerhalb der Staaten einseitig auf militärische Sicherheit hin erzogen und ausgebildet wird. Das Ziel einer Welt ohne Waffen, dem der Sozialismus sich verpflichtet weiß, sollte nach unserer Auffassung gerade im Bereich der schulischen Erziehung und Bildung deutlicher hervortreten. Die Ökumene erwartet von Vertretern aus Kirchen in sozialistischen Ländern hier eine spezifische Hilfe und Wegweisung.

Wir wissen, daß die hier noch einmal zusammengefaßten Bedenken und Argumentationen den Konflikt nicht lösen können, in dem sich viele christliche Eltern befinden, deren Kinder ab Herbst 1978 am Wehrunterricht teilnehmen sollen, und die sich jetzt fragen, wie sie in dieser Situation dem Auftrag des Evangeliums zum Dienst für den Frieden verantwortlich nachkommen können. Wir hoffen aber, daß sie für alle von diesem Vorgang Betroffenen und Beunruhigten den Ansatz einer Orientierungshilfe bieten und zu verantwortetem Handeln beitragen können...

aus: *epd Dokumentation 30 a/78 vom 28. 6. 1978*

DDR modifiziert Wehrkundeunterricht

Ein gewisser Erfolg der Verhandlungen der evangelischen Kirchen in der DDR mit den staatlichen Stellen über die geplante Einführung des Schulfaches Wehrerziehung scheint sich abzuzeichnen. Dies geht aus einem Bericht des Kirchenfunks des Senders Freies Berlin in der Sendung „Kirche im Gespräch“ vom Dienstag, 15. August, hervor.

Wie aus Kreisen der evangelischen Kirchen in der DDR bekannt wurde, soll dem Bericht zufolge das Schulfach Wehrunterricht nach den Sommerferien nicht in der ursprünglich geplanten Form eingeführt werden. Die vier Unterrichtsstunden des ersten Halbjahres sollen sich nicht mit militärischen Inhalten, sondern mit erster Hilfe und Katastrophenschutz befassen. Wehrlager, in denen Schüler im Schießen ausgebildet werden, wird es demnach frühestens im nächsten Sommer geben. Für die Teilnahme soll es – anders als zunächst erwartet – keine zusätzlichen „Pluspunkte“ geben. Wer nicht teilnimmt, soll dadurch nicht benachteiligt werden.

Dennoch bleiben die Kirchen in der DDR bei ihren grundsätzlichen Bedenken, daß die Einführung des Unterrichtsfaches Wehrerziehung für die 9. und 10. Klasse an den Oberschulen der DDR in jedem Falle unvereinbar mit der Erziehung zum Frieden ist.

aus: *epd Zentralausgabe Nr. 158 vom 17. 8. 1978*

ISLAM

Muslime beantragen Anerkennung ihrer Feiertage. (Letzter Bericht: 1978, S. 228) Die Muslime in der Bundesrepublik haben beantragt, daß ihre religiösen Feiertage öffentlich anerkannt werden. Wie die «Deutsche Welle» in ihrem islamischen Nachrichtendienst meldete (41/1978), appellierte in diesen Tagen der Präsident des «Islamischen Kultur-zentrums Köln», Necdet Demirgülle, an Bundeskanzler Helmut Schmidt, die vier im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn sowie an den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände. Ziel des Appells: zumindest die beiden islamischen Hauptfeste, der *Seker Bairam* (*Eid ul-Fitr*) nach Beendigung des Fastenmonats Ramadhan und der *Kurban Bairam* (*Eid ul-Adhiya*), sollen insofern als Feiertage anerkannt werden, als die Arbeitnehmer islamischen Glaubens an diesen beiden Tagen vom Arbeitsprozeß befreit werden, um ihren religiösen Verpflichtungen nachkommen zu können. Dabei sollte es dem sozialen Verständnis der Arbeitgeber überlassen bleiben, ob sie diese Zeit als bezahlte oder unbezahlte Feiertage betrachten.

Demirgülle, der auch die evangelische und die katholische Kirche um Unterstützung bei der Verwirklichung dieses Anliegens bat, verwies in diesem Zu-

sammenhang darauf, daß die Glaubensfreiheit zu den elementarsten Menschenrechten gehöre, daß Glaubensfreiheit aber auch die Gewährung und Ermöglichung der freien Ausübung der Religion beinhalte.

Dem «Islamischen Kulturzentrum Köln», einer religiösen Organisation türkischer Muslime, sind 115 Gemeinden mit 150 Moscheen oder Gebetsräumen assoziiert. Das sind etwa 60 Prozent aller islamischen Gemeinden im Bundesgebiet.

mi

Ahmadiyya-Kongreß über die Errettung Jesu vom Kreuz. Wie bereits angekündigt (MD 1978, S. 173), fand vom 2. bis 4. Juni 1978 im Commonwealth Institute in London eine internationale Konferenz statt, zu der die *Ahmadiyya-Bewegung* eingeladen hatte und in der eine der Hauptlehren dieser islamischen Sondergemeinschaft diskutiert wurde: Jesus sei am Kreuz nicht gestorben, sondern sei, von seinen Jüngern nach der Abnahme vom Kreuz gesund gepflegt, heimlich nach Iran, Afghanistan und Kashmir gereist, um dort seinen Verkündigungsauftrag zu erfüllen; im hohen Alter sei er in Kashmir gestorben, sein Grab in Srinagar werde von der Bevölkerung bis heute verehrt.

Über 600 Delegierte, darunter etwa 100 Engländer und auch einige kirchliche Beobachter, hatten sich in London eingefunden. Zum Höhepunkt am letzten Tag, einer Rede des gegenwärtigen Oberhauptes der Ahmadis, *Hazrat Mirza Nasir Ahmad*, versammelten sich sogar 1500 Menschen. In der Sache brachte die Konferenz jedoch nichts Neues zutage. Die alten Argumente und „Beweise“ wurden wiederholt, deren historische und exegetische Fragwürdigkeit längst erörtert ist (vgl. MD 1976, S. 54 ff). Sie

wurden vorgetragen von Gelehrten und Referenten, die entweder selbst Mitglieder der Ahmadiyya-Bewegung sind oder mit ihr sympathisieren. Von einer kritischen wissenschaftlichen Diskussion, bei der auch die Gegenseite zur Wort gekommen wäre, konnte keine Rede sein. So geriet der Kongreß zu einer einseitigen Proklamation für die Ahmadiyya-Lehre, wie es ja wohl auch, nach der kräftig gerührten publizistischen Werbetrommel zu schließen, geplant war

Diese Publizität erregte in weiten kirchlichen Kreisen Großbritanniens Unruhe und veranlaßte den Britischen Kirchenrat («British Council of Churches») zu einer Erklärung. Zunächst geben die Kirchen ihrer Abneigung Ausdruck, irgendeinen öffentlichen Kommentar abzugeben. Da die Sonderlehre der Ahmadis von orthodoxen islamischen Autoritäten längst als unkoranisch zurückgewiesen sei, wäre die notwendige Kommentierung der Konferenz eher Sache des orthodoxen Islam. Vor allem jedoch fühlten sie sich zur Zurückhaltung verpflichtet, da die Christenheit oft „aggressive und negative Angriffe“ gegen die Glaubenssätze anderer Religionen gerichtet habe, „Angriffe von einer Art und Weise, die vergleichbar sind mit diesen Ahmadiyya-Angriffen auf die zentrale christliche Lehre“. Doch nötige die kontrovers angelegte Publizität der Konferenz den Kirchenrat zu einer dreifachen Stellungnahme:

1. „Wir bestätigen wiederum unseren Glauben an die Historizität der Kreuzigung und an den Tod Jesu, der von den vier Evangelien und dem übereinstimmenden Zeugnis der frühen christlichen Tradition bestätigt wird.“ Zwar schein der Tod Jesu „ein Skandal und ein Affront gegen die göttliche Gerechtigkeit zu sein, aber wir glauben, daß wir im

Tod von Jesus Christus am Kreuz die Liebe Gottes sehen, die für andere leidet“.

2. „Wir sind bereit für Gespräche in der Zukunft“, freilich ohne propagandistischen Rahmen.

3. „Obwohl wir nicht darin übereinstimmen“, daß es stichhaltige Beweise für einen Aufenthalt Jesu in Zentralasien oder Indien gebe, gehöre Jesus „allen Nationen und Ländern“, weshalb „alle Verbindungen zwischen der christlichen Bewegung und verschiedenen Kulturen in den frühen Jahrhunderten ernstgenommen werden und erforscht werden sollten“.

Hazrat Mirza Nasir Ahmad griff diese Erklärung des Britischen Kirchenrats auf. Er unterstrich, „daß die Ahmadiyya-Bewegung mit dem Abhalten der Konferenz kein Ärgernis wecken wollte“ und wies die Behauptung zurück, „der Glaube der Ahmadiyya-Bewegung und seine Bekanntmachung während einer Konferenz“ sei eine aggressive Attacke gleich den christlichen Attacken gegen die Überzeugungen anderer Religionen. Im übrigen gab er seiner Hoffnung Ausdruck, daß die „christlichen Brüder“, wenn ihnen die Wirklichkeit „mit Liebe und auf die bestmögliche Weise“ erklärt werde, „ihre falschen Glaubenssätze aufgeben“ würden. Er sei „glücklich“ über die Gesprächsbereitschaft des Britischen Kirchenrats und nehme die Einladung an.

Es ist kaum anzunehmen, daß es über diese beidseitige Bereitschaftserklärung hinaus zu einem wirklichen Gespräch zwischen Kirche und Ahmadiyya-Bewegung kommen wird. Wo die kontroversen Glaubensüberzeugungen so endgültig formuliert sind und wo die Bekehrung des anderen so massiv als Ziel proklamiert wird, ist ein Dialog schwerlich denkbar.

mi

Mehr über «SLS». (Letzter Bericht: 1978, S. 107f) Eigentlich heißt das Unternehmen «*earthplay*». Dieses Wort ist auch Bestandteil des Symbols, das auf allen Papieren zu finden ist: ein Kreis, der durch eine geschwungene Linie in eine helle und eine dunkle Hälfte aufgeteilt ist (das chinesische Zeichen für Yin und Yang), darauf ein Schmetterling, umgeben von drei kleinen Sternen, und darunter – ebenfalls geschwungen – „*earthplay*“ Was dieses Wort „Erdenspiel“ (es gibt keine offizielle Übersetzung) und was dieses Zeichen bedeuten soll, wissen selbst die Mitarbeiter nicht genau. Es ist, wie vieles bei «*earthplay*», unpräzise und der Deutung des einzelnen überlassen. Einige Gedanken der Chefin, *Rannette Daniels*, geben die Richtung an, in der eine Interpretation möglich ist. Zum Beispiel:

*The Earth and its Perfection
is the reflection
of one's inner Peace
and Integrity*

for the World is beautiful

„Die Erde und ihre Vollkommenheit ist die Widerspiegelung des inneren Friedens und der Unversehrtheit des Menschen. . . Denn die Welt ist voller Schönheit. . .“

Das Leben, die Beziehungen unter Menschen – ein Spiel. Nimm es an! Lerne den Reichtum in dir erkennen! Überwinde, was Dich begrenzt! – Solche Gedanken oder Stimmungen scheinen in diesem Symbol gefaßt zu sein. Der Schmetterling jedenfalls wird interpretiert als Symbol der Verwandlung und Befreiung: die „Larven“ müssen verlassen werden, um das wahre Selbst zur Entfaltung zu bringen.

«*Earthplay*» scheint jedoch nicht der eigentliche Name der Organisation zu sein

(die in der Bundesrepublik offenbar noch kein eingetragener Verein ist). Ein Werbesprospekt des vergangenen Jahres trug als Aufschrift „*Successful Living Seminar*“ (SLS); hier firmierte das Unternehmen als «*Daniels Institute of Successful Living*» Das ist das 1952 von Rannettes Vater in Kalifornien gegründete Institut. *Dr. Rannald Daniels*, geb. 1903, ist Psychologe. Er soll Trainingskurse vorwiegend für Menschen im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben angeboten haben. Rannette ist in dieser Schulung aufgewachsen. Als sie sich selbständig machte, schuf sie das «*SLS-experience*» – offizielle Übersetzung: „die SLS-Erfahrung“ – und machte es zum Zentrum ihres Unternehmens. Jetzt wird «SLS» interpretiert als „*Satisfaction – Love – Success*“ (Befriedigung, Liebe, Erfolg).

«*The SLS experience*» ist die Bezeichnung für den sogenannten „*Grundkurs*“ von viereinhalb Tagen, der einmal im Monat in München abgehalten wird (Künstlerhaus am Lenbachplatz). Die „Erfahrung“ beginnt zunächst einmal mit der Entrichtung der Kursgebühr von gegenwärtig 680 Mark, die sofort nach Bestätigung der Anmeldung zu erfolgen hat. „Um diesen Prozeß (der SLS-Erfahrung) einzuleiten und den größtmöglichen Gewinn für Sie zu schaffen, schlagen wir Ihnen vor, die 680,- DM in bar in unser Büro (München 40, Hohenzollernstr. 122) zu bringen. Mit Bargeld für die SLS-Erfahrung zu bezahlen, erlaubt eine andere Erfahrung von Geld und Wert, als dies mit einem Scheck oder einer Banküberweisung möglich ist.“ So heißt es in einem Werbesprospekt. Übrigens: Unterkunft und Verpflegung sind in diesen 680 Mark nicht enthalten!

Das *Geld* spielt überhaupt eine eigentümlich gewichtige Rolle, nicht nur in den Schreiben, die «SLS» betreffen, sondern auch im Kurs selbst: „Der Geldpro-

zeß geht durch die ganze experience. Sonntag haben wir eine besondere, erweiterte Übung“ über dieses Thema. Hierzu sollen „DM 100,- bis 200,- in kleinen Scheinen“ mitgebracht werden, heißt es in den Anweisungen. Rannette ist der Ansicht, daß unser Verhältnis zum Geld gestört ist. „Du hast Reichtum und Fülle in deinem täglichen Leben. Öffne deine Augen und freue dich an der Wahrheit . Liebe Geld und das Geld wird dich lieben “, schreibt sie ihren Gefolgsleuten. Dementsprechend begegnet einem bei «earthplay» in jeder Hinsicht ein aufwendiger Stil.

Das SLS-experience-Programm beginnt mit dem „Pre-SLS“ Das ist ein Vorbereitungstreffen an einem Mittwochabend. Eine Woche später, ebenfalls Mittwoch um 19,30 Uhr, fängt dann der 80-Stunden-Kurs an, der mit einer „Graduations Party“ am Sonntagabend schließt. Hier bekommen die Teilnehmer einen Doktorhut aus Pappe verliehen und werden für „Graduates“ erklärt. Am Donnerstag darauf trifft man sich noch einmal zum „Post-SLS“ Dieser Abend dient dem mehr geselligen Erfahrungsaustausch der Teilnehmer und der Weitergabe der Begeisterung an neue Interessenten, d. h. an Freunde und Familienglieder, die mitgebracht werden sollen.

Ganz wesentlich ist die hermetische Abgeschlossenheit des Raumes, in dem die „SLS-Erfahrung“ durchgeführt wird, gleichsam symbolisiert durch das obligatorische Abgeben aller Uhren und die Bewachung der Türen. Man darf nicht pausieren, davonlaufen oder auf die Toilette gehen, wenn man will. „Jeder Versuch, den Raum zu verlassen, wird schon im Ansatz von der Seminarleitung geschickt psychologisch-rhetorisch unterlaufen und als ‚Flucht vor sich selbst und seiner eigenen Wirklichkeit‘ angeprangert“, schreibt ein abgefallener

„Graduate“, der zum scharfen Systemkritiker geworden ist. Hinzu kommt, daß die Teilnehmer am Beginn des Kurses durch Bejahung sogenannter „Agreements“ sich dem Kursgeschehen total einfügen und der Kursleitung unterwerfen müssen, ohne noch Näheres über den Verlauf der „SLS-Erfahrung“ zu wissen, wie kritisch bemerkt wird. Das Ganze stellt also physisch und psychisch eine überaus starke Beanspruchung dar; jeder Teilnehmer wird in einer so konzentrierten Weise gefordert, wie sonst im Alltag nicht – und eben darin besteht die besondere „experience“

Neuerdings gibt es auch eine „Familienexperience“, die vier Tage dauert und möglichst drei Generationen umfassen soll (Kinder ab fünf Jahre). Auch werden verschiedene „Workshops“ angeboten. Die „Graduates“ werden geworben, das „CR“ mitzumachen, d. i. «College of Realities», eine Drei-Jahres-Ausbildung zum engeren Mitarbeiter Das heißt im Klartext: drei Jahre aktive Mitarbeit bei «earthplay», die als Ausbildungszeit gilt und noch dazu mit 7500 Mark bezahlt werden muß.

Reichen die bisherigen Kenntnisse aus, um irgendein Urteil über «earthplay» abzugeben? Gutachten oder Berichte scheinen bisher noch nicht veröffentlicht zu sein. Die SLS-Kurse gibt es in Deutschland erst seit November 1976. Doch eins scheint sicher zu sein: «earthplay» gehört nicht zu den „Jugendreligionen“ (im ursprünglichen Sinn dieses pragmatischen Begriffs), sondern zu den Psychotrainings- und Selbsterfahrungsgruppen.

Damit ist freilich über den Wert oder die Gefährlichkeit der Kurse noch nichts ausgesagt. Daß Gefahren zumindest für labile Teilnehmer bestehen, darauf weist z. B. ein Bericht aus München, wonach eine Lehrerin nach dem Kurs einen Tob-

suchtsanfall erlitt und in desolatem Zustand in eine Münchner Nervenklinik eingeliefert werden mußte («Süddeutsche Zeitung» 28. 6. 1978). Doch müssen hierüber die Fachleute urteilen.

Vieles bei «earthplay» ruft Kritik hervor: die Art und Weise, in der das Unternehmen sich selbst in den Vordergrund schiebt, ja unentbehrlich macht und damit die Teilnehmer von sich abhängig macht; die Selbstverständlichkeit, mit der Mitarbeiter vereinnahmt werden; die innere Struktur, die, trotz propagierter Liebe und Freiheitlichkeit, autoritär ist; die Laienhaftigkeit der Mitarbeiter, die, obwohl fortlaufend in Kommunikationskursen engagiert, sich zuweilen als völlig kommunikationsunfähig erweisen, und noch manches andere – nicht zuletzt das finanzielle Gebaren (bei der Münchner Staatsanwaltschaft ist ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugsverdachts anhängig). Aber sicher ist auch nicht alles an «SLS-experience» total negativ zu bewerten; das zeigen vor allem die Urteile der Teilnehmer, die nur in den seltenen Fällen abwertend sind.

Jedenfalls, sollte «earthplay» um Anerkennung seiner „Gemeinnützigkeit“ eingeben, so könnte dies ein Kardinalfall sein, der nach den Erkenntnissen der letzten Jahre besonders sorgfältig zu prüfen ist. rei

ALTERNATIVE LEBENS- UND BEWUSSTSEINSMODELLE

«**das alternative adreßbuch**». (Letzter Bericht: 1978, S. 138 ff) Wer wissen will, wo er in der Bundesrepublik Deutschland findet

– Selbstorganisationsformen aller Art, Männergruppen, Mieterkollektive, Mitfahrerzentralen, Einkaufskooperativen, Indianerhilfe, Umweltschutzgruppen,

Frauenselbsthilfe, Gruppen mit Gemeinschaftseigentum und gemeinsamer Sexualität

– Kommunikations- und Informationszentren, Teestuben, Freizeithäuser, Kulturläden, Übernachtungsmöglichkeiten, Zeitungen, Info-Dienste, Adreßkarteien – Werkstätten für Textilien, Töpferwaren, Holz, Druck und Grafik, Sonnenenergie und Windgeneratoren, Autos und Musikinstrumente

– biologisch-dynamischen Landbau, natürliche Lebensmittel, Gartenbau, Kleintierzucht, Landkommunen und solche, die es werden wollen

– Gruppen, Zentren, Zeitschriften und Ideen zu: Anarchismus, Anthroposophie, Astrologie, Gemeinschaftseigentum, Meditation, Parapsychologie, Selbstbestimmung, Spiritualität, linkes Christentum, Yoga, Zivilisationsentwürfe –

Wer dies alles und noch viel mehr finden will, kurz: wer einen Schlüssel zur „alternativen Szene“ in Deutschland sucht, dem sei das „alternative Adreßbuch“ empfohlen. Im Mai 1978 ist die dritte Ausgabe erschienen: „mit über 500 selbstdarstellungen von selbsthilfegruppen, produktionskommunen, kooperativen, informations- und kommunikationszentren, zeitschriften, verlagen, händlern läden ausführliches sach- und namensregister“

Sorgfältig gesammelt und nach Postleitzahlen geordnet, mit Adressen und Knappen, meist selbst verfaßten Beschreibungen versehen, findet der Interessierte zum vornehmlich praktischen Gebrauch eine pralle Fülle „alternativer“ Informationen, Anregungen und Kontaktmöglichkeiten und erfährt erst einmal, wie vielseitig und bunt die alternative Szene ist, die sich in den letzten Jahren in Stadt und Land und auch in seiner nächsten Nähe gebildet hat. Und

doch sind die rund fünfhundert Adressen nur ein schmaler Ausschnitt: von etwa 4000 angeschriebenen Adressen haben nur 10 Prozent geantwortet, dazu kamen etwa 100 Leute, die von sich aus schrieben.

Was aber verstehen die Herausgeber unter „alternativ“? In der Gebrauchsanweisung ihres Adreßbuches umschreiben sie es: „die jeden tag anstehende entscheidung für oder gegen bestehende wertssysteme, die schaffung neuer maßstäbe und verhaltensweisen, abkehr vom politischen wahn- und schwachsinn hin zum ökologisch-gesellschaftlich sinnvollen. so verschieden die wege der in diesem buch sich vorstellenden sein mögen, sie alle suchen eben dieses neue zeitalter, suchen den menschen – in sich und im andern – der ‚anders geboren‘, ‚natürlich entstanden‘ ist oder entsteht.“

Konkret sieht das dann so aus – aus dem Münchner Register ist willkürlich der Bezirk 8000 München 80 herausgegriffen:

– „die lebensmittelkooperative ‚lebasha‘: einkaufskooperative für alternative ökologische lebensmittel und gebrauchsggegenstände des alltäglichen lebens mit öffentlich zugänglichem laden, ab sommer 78 mit café/teestube im selben haus. jeden freitag gemüsemarkt der landkommunen.

– AG SPAK: die arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer arbeitskreise ist ein bundesweiter zusammenschluß einer vielzahl von projektgruppen, bürgerinitiativen und einzelpersonen, die aktiv in der Arbeit im reproduktionsbereich stehen, und zwar:

strafvollzug, heimerziehung, wohnkollektive
obdachlosen, stadtteilarbeit
psychisch kranke
jugendzentren

außerdem gibt es noch weitere arbeitsbereiche: wohngemeinschaften, alternative ökonomie, umweltschutzarbeit, paulo-freire-pädagogikarbeit etc.

wir veranstalten tagungen, seminare, geben für die projektbereiche rundbriefe heraus sowie infos .

– bücherladen ‚trampelpfad‘: bücher und zeitschriften für ein anderes leben in theorie und praxis.

– haidhauser laden: wir haben seit august 1977 zu dritt einen laden, in dem wir selbstgemachte dinge verkaufen, einiges von uns, was wir selber können, z. b. kleider, schmuck, lampen, pullover aus naturwolle, tonsachen und was wir in kommission nehmen. wir freuen uns wenn ihr vorbeikommt und handgearbeitete dinge mitbringt. sissi, helga + henry.

– verlag frauenoffensive: bücher von und für frauen aus einem frauenverlag, außerdem die zeitschrift ‚frauenoffensive‘. der verlag ging aus dem trikontverlag hervor .“

Zum erstenmal erschien „das alternative adreßbuch“ im Mai 1976, inzwischen ist das 8. bis 12. Tausend gedruckt. Es ging hervor aus dem Adressenmarkt des Rundbriefs der „initiative projekt gruppengemeinschaft“, die sich seinerzeit zum Ziel gesetzt hatte, „verschiedene bestehende projektgruppen und an solchen interessierte einzelpersonen oder wohngemeinschaften näher zusammenzubringen“. Als die Szene vielfältiger wurde, entschloß man sich zur Herausgabe eines Adreßbuches.

Die Redaktionsanschrift: Das alternative Adreßbuch, c/o freetwork, Obergasse 30, 6501 Ober-Olm. Der Vertrieb liegt beim Überdruck Verlag, 5429 Klingelbach (Bestellung per Einzahlung von 8,50 DM auf das Postscheckkonto von Peter Meyer, Klingelbach, Konto 319028-607 in Frankfurt). mi

WALTER JENS (Herausgeber)

Assoziationen

Gedanken zu biblischen Texten

Band I (soeben erschienen!)

210 Seiten, Paperback DM 24,-

Die ab Advent 1978 gültige neue Ordnung der Predigttexte war Anlaß, mit Prof. Walter Jens ein alternatives Textwerk zu erarbeiten, das die oft beklagten Mängel der Predigt - Unverständlichkeit, blutleere Formulierungen - von einer zentralen Stelle her angeht, ohne Phantasie und Initiative des Predigers zu lähmen: Die 78 Textstellen der ersten Perikopenreihe werden von 53 Persönlichkeiten des kirchlichen und säkularen Lebens »assoziert«. Engagierte Kirchenvertreter der verschiedenen Konfessionen sind daran ebenso beteiligt wie aus der Kirche Ausgetretene. Entstanden sind mutige, persönliche, spontane Beiträge, die neuen Zugang zu biblischen Texten schaffen - jenseits von Verwissenschaftlichung und Banalität.

Die Bände II bis VI (die jeweils im Herbst der Jahre 1979-1983 erscheinen) behandeln die weiteren Perikopenreihen, Band VII (Frühjahr 1979) die Wochensprüche (alle Autoren aus Übersee), Band VIII (Frühjahr 1980) die Psalmen, zu denen Walter Jens die Psalmentexte neu überträgt.

Mitarbeiter (Theologen):

Helmut Aichelin
Heinrich Albertz
Hartmut Aschermann
Günter Brakelmann
Eberhard le Coutre
Alex Funke
Otto Kaiser
Wolfgang Kelm
Christian Krause
Hans Küng
Wenzel Lohff
Friedrich-Wilhelm Marquardt
Kurt Marti
Manfred Mezger
Rolf Rendtorff
Dorothee Sölle
Yorick Spiegel
Dieter Stoodt
Wolfram Weißer

Mitarbeiter (Nichttheologen):

Egon Bahr
Lenelotte v. Bothmer
Walter Dirks
Ingeborg Drewitz
Erhard Eppler
Iring Fetscher
Max von der Grün
Werner Höfer
Walter Jens
Rudolf Kautzky
Martin Lindow
Josef Reding
Gerhard Rein
Martin Walser
Reymar von Wedel

RADIUS-Verlag · Kniebisstraße 29 · 7000 Stuttgart 1

Herausgegeben von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD im Quell Verlag Stuttgart. - *Redaktion:* Pfarrer Helmut Aichelin (verantwortlich), Pfarrer Michael Mildenerger (geschäftsführend), Pfarrer Dr. Hans-Diether Reimer. Anschrift: Hölderlinplatz 2 A, 7 Stuttgart 1, Telefon 22 70 81. - *Verlag:* Quell Verlag und Buchhandlung der Evang. Gesellschaft in Stuttgart GmbH, Furtbachstraße 12 A, Postfach 897, 7 Stuttgart 1. Kontonummer: Landes giro Stuttgart 2 036 340. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Heinz Schanbacher. - *Bezugspreis:* jährlich DM 20,- einschl. Mehrwertsteuer und Zustellgebühr. Erscheint monatlich. Einzelnummer DM 2,- zusätzlich Bearbeitungsgebühr für Einzelversand. - Alle Rechte vorbehalten. - Mitglied des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik. - *Druck:* Maisch & Queck, Gerlingen/Stuttgart.

Neuerscheinungen Herbst 1978

Geiko Müller-Fahrenholz

Einheit in der Welt von heute

Die Studienarbeit der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung zum Thema „Einheit der Kirche — Einheit der Menschheit“

Die Studie „Einheit der Kirche — Einheit der Menschheit“ hat zu einer Diskussion über die theologischen Grundlagen der ökumenischen Bewegung geführt.

Im Mittelpunkt dieser Studienarbeit steht die Einheit der Kirche, die als ein Zeichen einer künftigen Einheit der Menschheit verstanden wird. 244 Seiten DM 24,—

Das Herrenmahl

herausgegeben von der Gemeinsamen römisch-katholischen / evangelisch-lutherischen Kommission mit einem Vorwort des Leiters des Sekretariats für die Einheit der Christen und des Präsidenten des Lutherischen Weltbundes

(zusammen mit dem Verlag Bonifacius-Druckerei, Paderborn)

Eines der bedeutsamsten Dokumente zu einem Fragenkomplex, der nicht nur die theologischen Experten, sondern viele Christen in beiden Kirchen beschäftigt: die Trennung in der Feier der Eucharistie. 108 Seiten DM 6,80

Gastarbeiter werden Bürger

Handbuch zur evangelischen Ausländerarbeit herausgegeben von Jürgen Micksch.

Eine umfassende Analyse der Ausländerarbeit in den evangelischen Kirchen. Der Band enthält themen- und gruppenbezogene Texte über die theologischen Grundlagen und über die Probleme besonderer Gruppen, außerdem Verlautbarungen der EKD und einzelner Kirchen von 1970 — 1977 in Auswahl, eine Literaturübersicht, Materialhinweise und ein Register.

(epd-paperback Band 1)

189 Seiten DM 9,80

Jetzt im Verlag Otto Lembeck:

Das bewährte Nachschlagewerk:

Taschenbuch der Evangelischen Kirchen 1978

Kirchliches Adressenwerk in drei Teilen

I. Bundesrepublik Deutschland

II. DDR

III. Europäische Ökumene

ca. 1000 Seiten, Kunstledereinband

(zusammen mit dem Evangelischen Verlagswerk, Stuttgart)

Subskriptionspreis bis 31. 10. 1978 DM 49,80 (späterer Ladenpreis DM 58,—)



Verlag Otto Lembeck

Leerbachstraße 42 6000 Frankfurt am Main 1

Wie stabil ist die Kirche?

Bestand und Erneuerung. Ergebnisse einer Meinungsbefragung. Hrsg. H.Hild, 400 Seiten, 85 Tabellen, 65 Schautafeln, kt., DM 24,-.

Die vorliegende Untersuchung geht von der Überlegung aus, daß für die Kirchenmitgliedschaft weithin dieselben Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten gelten wie für die Mitgliedschaft in Vereinen, Parteien, Gewerkschaften oder anderen Organisationen, daß also der einzelne - auf die Dauer gesehen nur dann Mitglied der Kirche bleiben wird, wenn er hierfür überzeugende Gründe und den „Nutzen“ seiner Mitgliedschaft deutlich macht. Je unklarer die Kirche die Gründe für Kirchenmitgliedschaft läßt, desto eher wird es zu Austritten kommen.

Das Buch behandelt die Ergebnisse einer Meinungsbefragung und gibt Antwort auf die Frage, wie stabil die Kirche heute ist. Zu dieser Veröffentlichung ist ein Materialband zu DM 26,- erhältlich. Er kann nur über den Verlag bezogen werden.

Wolfgang Dietrich Provokation der Person

Nikolai Berdjajew in den Impulsen seines Denkens.

Das fünfbandige Werk über den Religionsphilosophen Nikolai Berdjajew wird 1978, dem 30. Jahr nach seinem Tode, abgeschlossen durch einen systematischen Ausblick

Band 1: Leben und Werk. 128 S.,
kt., DM 30,00

Band 2: Partner des Denkens 176 S.,
kt., DM 41,50

Band 3: Partner des Denkens 264 S.,
kt., DM 48,00

Band 4: Idee und Entwurf. Ca. 128 S.,
kt., ca. DM 30,00

Band 5: Exkurse und Anmerkungen zu Bd. 1-4. 400 S., kt., DM 89,00

Band 1-5 cpl. DM 238,50, Subs.Preis bis zum Erscheinen des letzten Bandes im November '78: DM 161,00.

Erneuerung der Kirche

Stabilität als Chance?

Empirische Erhebungen im Bereich der EKD. Hrsg. von J.Matthes, 304 Seiten, kt., DM 40,

Das Buch enthält Analysen, Auseinandersetzungen und Perspektiven, die sich aus oder in der Beschäftigung mit der Veröffentlichung „Wie stabil ist die Kirche?“ ergeben haben. Diese Befragung förderte zu Tage, daß im Bewußtsein einer Mehrheit der Mitglieder die Kirche stark verankert ist, sich jedoch an vielen Punkten Dissonanzen zeigen, etwa bei der Kindertaufe, der Übereinstimmung in religiösen Fragen, der Kirchensteuer, der Erwartungen hinsichtlich sozialer Belange. Eine starke Ausrichtung der Mitglieder auf den Pfarrer als Repräsentanten der Kirche wurde ebenso festgestellt wie eine auffällig hohe Anzahl kritischer und distanzierter Mitglieder in den jungen Altersgruppen und in der Gruppe der Höhergebildeten. Was fängt die Kirche mit diesen Ergebnissen an?

Weitere Veröffentlichungen zum Thema Kirche:

Andreas Feige
Kirchenaustritte
Soziologische Untersuchung von Ursachen und Bedingungen. 404 S., kt., DM 38,00

Uwe-Helmut Winter
Gemeindeleitung in der Volkskirche
184 S., 57 Schaubilder und Tabellen,
kt., DM 35,00

Werner Jetter u.a.
Konzeption und Realitäten
Regionalplanung in der Kirche. 180 S.,
kt., DM 16,00

Dieter Trautwein u.a.
Mehr Hoffnung - mehr Einheit
436 S., 60 S Liederheft, Ringbuch. DM 36,00

Gundel Neveling u.a.
Gemeindemarkt
147 S., kt., DM 16,00

Wiel Claessens
Die Begegnungsgruppe
Modell einer Gruppenarbeit in Kirchengemeinden. 144 S., kt., DM 25,00.

Thema
Volkskirche

Über die Kirche sollen und dürfen nicht nur Theologen nachdenken und reden. Um sich an dem Gespräch, zu dem die Kirche einlädt, beteiligen zu können, muß man wissen, wovon die Rede ist.

Welche
Informationen
bieten wir an?

Informations- und Arbeitsmaterial zur Arbeit in Gruppen und zum spielerischen Umgang mit dem Thema; empirische Arbeiten zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema.

Wer braucht
unsere
Veröffentlichungen?

Gemeindemitglieder, ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter, Synodale, Kirchenvorsteher, Religionspädagogen, Theologen im Universitätsbereich, in der Aus- und Fortbildung.

Thema
Volkskirche

Ein Arbeitsbuch für die Gemeinde. Im Auftrag des Präsidiums der Synode der Evang. Kirche in Deutschland, hrsg. von der Kirchenkanzlei. Red. R. Schloz, ca. 240 Seiten, DM 12,80. Das Arbeitsbuch verfolgt den Zweck, breite kirchliche Kreise in den Denkprozeß einzuziehen, den die Synode der Evang. Kirche in Deutschland 1975 in Freiburg mit ihrer Tagung „Kirche zwischen Auftrag und Erwartung“ begonnen und 1978 in ihrer Herbstsynode fortsetzen wird. Ein didaktischer Teil führt in die Fragestellung ein und eröffnet Zugang zu den Dokumenten der Freiburger Tagung. Die Arbeitseinheiten des Buches eignen sich für Diskussionen in der Erwachsenenarbeit.

Aus dem Inhalt: Volkskirche im Alltag / Kirche als Institution und Geschehen / Kirche im Prozeß gesellschaftlicher Differenzierung / Kirche - Christentum - Kultur / Dienst der Kirche an ihren Mitgliedern / Kirche als Dienstgemeinschaft / Dienst der Kirche an der Öffentlichkeit / Rechtsverfassung der Kirche im Staat / Vielfalt und Einheit der Kirche.

Burckhardthaus-Verlag 6460 Gelnhausen
